

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7071.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühren

betragen für die sechsdeutsche Kolonelle  
 oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 für das erste Wort frei. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 24. Dezember 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Die wirtschaftliche Krise schreitet mit unbarmherzigem Tritte weiter ihre verwüstende Bahn. Sie setzt die Maschinen stille und schleicht die Fabrikthore, sie treibt die Arbeiter zu Tausenden auf das Pflaster und verbreitet Hunger und Elend in den Arbeiterfamilien. Noch befinden wir uns im ersten Stadium der Krise und bereits sind ihre Wirkungen so furchtbar, daß sie selbst die große Arbeitslosigkeit am Beginne der neunziger Jahre übertraffen. Die Behauptungen der Börsen- und Unternehmern-Blätter, die von einem baldigen Ende dieser Krise sprechen, sind ganz offenbar leeres Gerede. Man muß sich erinnern, wie diese Presse von Anfang an die Krise als eine vorübergehende Depression bezeichnete, wie sie die Absatzstochungen in ganz konfuser Weise mit der Preissteigerung des Rohmaterialis zu erklären suchte und von einer Preisherabsetzung die sofortige allgemeine Besserung erwartete, wie sie vor etwa Jahresfrist den ersten Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen jegliche allgemeine Bedeutung absprach, um die Redensarten von der baldigen Wiederkehr besserer Zustände in ihrer ganzen Gohlheit zu erkennen. Es sprechen alle Anzeichen dafür, daß diese Krise eine der langwierigsten werden wird, die wir in den letzten Jahrzehnten durchlebt haben. Anfangs dieses Jahres war die Krisis in erster Linie eine solche des Baugewerbes und der Hypothekensbanken, sie erweiterte sich während des Sommers zu einer Krise auf dem Markte der gesamten industriellen Erzeugnisse und es scheint uns, als sollten wir mit dem Beginn des neuen Jahres eine große Bankenkrise erleben, die von furchtbarer Wirkung auf die Gesamtindustrie sein wird. Die Absatzstochung hat Industrie und Handel zu umfassenden Beschäftigungsengpässen genötigt, wobei der Ausblick auf ein gutes Weihnachtsgeschäft eine große Rolle spielte. Diese Aussichten scheinen aber infolge der geringen Kaufkraft der Arbeitermassen gründlich zu Schanden geworden zu sein, denn die Klagen der Geschäftswelt sind allgemein. Können aber die bei den Banken hinausgeschobenen Verbindlichkeiten nicht durch Zahlung beglichen werden, so haben wir Februar-März eine große Bankenkrisis, die die deutsche Industrie schwer in Mitleidenschaft ziehen wird. Dabei mangeln alle Aussichten auf einen gesteigerten Absatz unserer Industrieprodukte im neuen Jahre. Statt dessen ziehen sich von Amerika her stärkere Wolken zusammen. Man befürchtet dort einen durch tolle Ueberproduktion und Ueberproduktion hervorgerufenen wirtschaftlichen Krach, der dem kapitalistischen Gebäude vielleicht die empfindlichsten Stöße geben wird, die es bisher erlitten hat.

So fehlt jegliche Aussicht auf Besserung. Die Arbeitslosen werden sich mit Beginn des neuen Jahres stark vermehren, denn nach Weihnachten sendet das Handelsgewerbe Scharen überflüssiger Arbeitskräfte auf die Straße. Damit schwillt die herrschende Arbeitslosigkeit aufs neue bedrohlich an.

Es macht sich jetzt als eine der schlimmsten Unterlassungsünden der letzten Jahre der Mangel einer vom Reich eingerichteten zuverlässigen Arbeitslosenstatistik bemerklich. Man sieht die Scharen der Arbeitslosen, man sieht die Produktionsbeschränkungen und Entlassungen in den Fabriken, das ganze öffentliche Elend, und dennoch fehlt es an einem ziffermäßigen Nachweis über den Umfang der Arbeitslosigkeit. Die Berliner Centralstelle für Arbeitsmarktberichte schätzte bereits für Monat November auf je 100 offene Stellen an den Arbeitsnachweisen 229,9 Arbeitsuchende, und die Arbeiterinnen ausgegliedert, sogar 272,4 Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen. Die im November veröffentlichte Untersuchung der Berliner Gewerkschaften ergab eine bereits starke Beschäftigungslosigkeit unter den organisierten Arbeitern. Veröffentlichte Berichte von Verwaltungsstellen der Verpflegungsstationen, der Verdbergen zur Heimat in den verschiedenen Landesteilen zeigen eine plötzliche erschreckende Zunahme der Zuwandernden, die Beurteilungen wegen Bettel und Obdachlosigkeit mehren sich, allgemein zeigt sich, daß die Arbeitslosigkeit weit größer ist als öffentlich zugabene wird, und gewiß ist die Zahl einer halben Million, die kürzlich genannt wurde, bereits bedeutend überschritten.

Es ist ein lächerliches Versteckspiel, welches der kapitalistische Staat treibt, indem er sich gegen die reichsgelegliche Arbeitslosenstatistik sträubt; Vogelstranzpolitik, die es ihm ermöglicht, achselzuckend zu bestreiten, daß die Not so schlimm sei wie angegeben wird, die aber auch jegliche Hilfe unmöglich macht. Will man wirklich ernsthaft etwas für die Opfer der Produktionsweise thun und der Wiederkehr der augenblicklichen Zustände nach Möglichkeit in den kommenden Jahren begegnen, so ist die Arbeitslosenstatistik dazu der erste Schritt. Der ziffermäßige Nachweis der jeweils vorhandenen Arbeitslosen schärft dem Staate das Bewußtsein und zwingt ihn gegen solche Zustände großer Not, die er nicht mehr abtuegen kann, Hilfsmittel zu unternehmen. Die Forderung einer durchgreifenden Arbeitslosenstatistik muß deshalb mit allem Nachdruck erhoben werden.

Was bis jetzt von praktischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bekannt geworden ist, erscheint kaum mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Zunächst fehlt es völlig an allgemein durchgeführten Maßnahmen. Nur in einzelnen Gegenden, in denen die Not der hungernden Arbeitermassen bereits besonders hoch gestiegen ist, sind aus Hilfsmitteln getroffen worden: Brotverteilung, Kohlenverteilung, Verschonung und geschickelter öffentlicher Bauten. Das ist aber auch bereits alles. Das Reich und die Einzelstaaten, die in den guten Jahren der Industrie die Steuerkraft der Arbeitermassen so wohl zu schätzen wußten, thun, als gingen sie die Dinge gar nichts an. Sie haben Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und die gegen sie von den Gemeinden getroffenen

Maßnahmen veranstaltet, doch darüber hinaus sind sie noch nicht gekommen. Im sächsischen Landtag hat die Regierung auf Interpellation Hochbauten, darunter Straßenbauten und Eisenbahn-Bauten genannt, bei denen eine größere Arbeiterzahl beschäftigt werden würde, doch scheint es, als ob die Regierungen, und speziell die sächsische, Sorge hätten, ihre eignen Arbeiter zu beschäftigen. Ein Erlass der sächsischen Staatsbahn-Verwaltung hat nämlich bestimmt, daß bei den mit der Bahn zusammenhängenden Bauten zuerst die überzähligen Eisenbahnarbeiter und dann erst die der Industrie Verwendung finden sollten. Hiernach merken also die Staatsbetriebe die Krise ganz empfindlich. Auch sie können die vorhandene Arbeiterzahl kaum noch beschäftigen. Es ist aber ein wesentliches Moment in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, daß die Staatsbetriebe keine Arbeiterentlassungen vornehmen, sondern durch Verklärung der Arbeitszeit eher Platz zu schaffen suchen für neue Arbeitskräfte, die der Abgang der Industrie ausgeschaltet hat.

Wenn von seiten der Gemeinden so gut wie gar nichts geschieht, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, so hat vor allen Dingen das Reich daran die meiste Schuld. Es sollte die Initiative ergreifen und auf die Staatsregierungen und durch diese wieder auf die Gemeinden einzuwirken versuchen, damit mehr als bisher geschehe. Die Stadt Mannheim hat vor einiger Zeit, um aus dem Verhalten anderer Städte zu lernen, eine Umfrage an 30 Städte gemacht, wie sie sich im vergangenen Winter in der Praxis zu den Notstandsarbeiten verhalten hätten. Das Resultat ergab, daß etwa 44 Städte von Gemeinde wegen etwas zur Beschäftigung Arbeitsloser gethan hatten und hier auch bloß in ganz beschränktem Umfange. Ein Teil der Städte unterstützte bloß die Unterstützungswohnhilfe-Verordnungen, ein anderer, die ein Jahr am Orte Wohnenden, ein dritter Teil die „Wirdigen“; in allen Fällen aber handelte es sich um geringe Summen und um unzulängliche Maßnahmen.

Daran erkennt man die Schuld des Reiches. Es ist schließlich nicht verwunderlich, daß von den einzelnen Gemeinden, die die Bekämpfung der wirtschaftlichen Lage nicht zu überbilden vermögen, nicht zeitigen Maßnahmen getroffen werden gegen die plötzlichen hereinbrechenden Krisen, sofern vom Reich jede Initiative fehlt. Die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrisen lassen sich nur — soweit dies unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem überhaupt möglich ist — beseitigen durch weit ausholende gesetzgeberische Maßnahmen. Der Arbeiter in allen seinen Formen ist das wirksamste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Aber das Reich hat verkannt, zu einer durchgreifenden gesetzlichen Verklärung der Arbeitszeit überzugehen, die Ausdehnung des Frauen- und Kinderarbeit ist verkannt, und die Arbeiterorganisationen sind in ihrem Kampfe für Verklärung der Arbeitszeit und für bessere Arbeitsbedingungen noch vom Staat und dem mit ihm verbündeten Unternehmertum behindert worden. So konnte in der Prosperitätsperiode das Kapital die schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft treiben, es konnte durch die höchste Anstrengung seiner Arbeiter, die Ausdehnung der Arbeitszeit bis in die tiefe Nacht, in wenig Jahren diese Ueberproduktion schaffen, welche eine der Ursachen der Krise ist. Warum sind die Notstandsarbeiten, so groß die Hilfe ist, die durch sie im einzelnen den Hungernden gewährt wird und so dringlich wie sie fordern, auch nicht im stände, das der Krise folgende Arbeiterelend an sich zu beseitigen und der Wiederholung der schrecklichen Zustände vorzubeugen, das ist vielmehr die Aufgabe der Gesetzgebung, des reichsgeleglichen Arbeiterkampfes.

Je weiter die Krise vorschreitet, das Produktionsleben lähmt und Scharen von Arbeitern auf die Straße treibt, muß die Arbeitslosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft wachsen, die nicht weiß, wohin mit diesen Massen. Damit aber wird auch die Erkenntnis steigen, daß der Reichs-Socialpolitik die Hauptaufgabe bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zufällt und das Arbeiterelend der Wirtschaftskrisen nur dann wirksam gemildert wird, wenn das Reich sich gegen diese seine dringenden Aufgaben nicht länger sträubt.

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 23. Dezember.

#### Oßische Kunst.

In der „Welt am Montag“ veröffentlicht Johannes Galle nähere Mitteilungen über die Vorgänge, die zum Ausscheiden des bedeutenden landschaftsmalerischen Professor Bracht aus der Berliner Kunstakademie geführt haben. Diese Mitteilungen bekunden nicht nur höchst eindringlich die Wirkung bössigen Mäcenatentums auf die Kunstpflege, sondern auch die störrische Fesselung, der in unserer Zeit die Vertreter der Kunst sich nutzlos unterwerfen.

Galle schreibt unter dem Motto: „Des Königs Wille soll das oberste Gesetz sein!“:

„Jüngst hatten die Bürger der Gelehrtenrepublik ihren „Fall Spahn“. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Fast gleichzeitig ist der Künstlerkammer ein „Fall Bracht“ beschied worden. Unter den deutschen Gelehrten finden sich immer noch Männer, welche die Verbrennung als eine Degradierung empfinden. Ob sich die Künstlerkammer gleichfalls zu einem, wenn auch nur schäblichen Protest hervorwagen wird? Ich zweifle stark daran. Der Altmeister der Berliner Landschaftermalerei, Prof. Eugen Bracht, ist gewissermaßen cum infamia (mit Schmach) aus seiner Stellung verdrängt worden, und eine faulige Nahe breitet sich über den deutschen Künstlerhorde aus.“

Der „Fall Bracht“ spielte sich folgendermaßen ab. Professor Gude kündigt seinen Austritt aus dem Lehrkörper der Akademie an und legt zugleich sein Amt als Vorsteher des Meisterateliers für Landschaftermalerei nieder. Einem alten Herrnmann gemäß hätte Eugen Bracht, der bisherige Leiter des Schülerateliers für Landschaftsmalerei, in die Stellung Gudes einzutreten müssen. Der Senat der Akademie entscheidet aber die Neubekennung

des vakanten Lehrstuhls auch in diesem Sinne und schlägt dem zukünftigen Minister Professor Bracht als Nachfolger Gude vor. Der Minister kann sich aber nicht mit der Professur Bracht nicht recht befreunden, da, wie es in Künstlerkreisen heißt, der Landschaftsmaler Professor Albert Hertel von „höchster Seite“ aufgefordert sei, sich um die vakante Stelle zu bewerben. Das Gude vom Viede ist: Hertel kriegt die mit einem Jahreslohn von 10 000 M. und freiem Atelier verbundene Professur, während Bracht, der weit über Deutschlands Grenzen hinaus anerkannte Landschaftsmaler, sich mit der untergeordneten Stellung eines Akademiedirektors zu begnügen hat.

Man soll jedoch eine königlich preussische Akademie, wie den Senat der Akademie, nicht unterschätzen. Auch in ihrer Mitte befinden sich Männer, welche die Faust — in der Tasche halten. Die in der Majorität sich befindende „Brachtpartei“ soll sogar daran gedacht haben, zu demissionieren! Schließlich hielt sie aber die Vorsicht für den besseren Teil der Tapferkeit, und alles blieb beim alten. Das preussische Unteroffiziers-Reglement hat wieder einmal einen glänzenden Sieg davongetragen, die Berliner Kunst aber eine Schlappe, von der sie sich so bald nicht erholen wird.

Professor Bracht hat inzwischen einen ehrenvollen Ruf nach Dresden erhalten, viele seiner tüchtigsten Schüler werden ihm dahin folgen, und die Bracht-Schule, die der Berliner Kunst zur Zierde gereicht, wird ihrer Auflösung entgegen gehen. Dafür wird aber nimmere die „Kitsch“-Malerei entschieden an Boden gewinnen. Bei dieser Gelegenheit sei die Frage aufgeworfen: Wer ist Professor Albert Hertel, der nun ernannte Vorsteher des Meisterateliers? — Unser Kunstpublikum kennt ihn kaum den Namen nach, geschweige denn seine Werke, die wie Berliner Kunst hat sich nie ernstlich mit ihm beschäftigt, die Künstler nennen ihn höchst despektierlich einen „Kitsch“-Maler. Nur die Tageszeitungen wissen mitunter zu berichten, daß Professor Hertel — zur Frühstücksstunde des Kaisers hinzugezogen sei. Wenn er wenigstens noch ein Stillleben als künstlerische Ausbeute von der kaiserlichen Frühstücksstunde mitgebracht hätte! Aber auch das nicht einmal. Als Professor des Meisterateliers mag er vollends auf dem vorgeschobenen Vorderer austreten.

Am allerwenigsten ist die jüngere Künstlerkammer von dem Wechsel an der Berliner Hochschule erbaute. Die Bracht-Schüler hatten sogar eine Petition an den Minister sein länderlich zu Papier gebracht. Soweit klappte die Sache. Dann kam aber die größere Aufgabe. Es mußten auch Unterzeichner für die Sache gefunden werden. Ein Delegierter wurde geschickt, um die Leistungen des Künstlervereins zu „leihen“. Er kam zu Prof. Langhammer. Der Künstler war einzigt von dem Plan. „Meine Herren, ich bin ganz Ihrer Meinung, es muß endlich mal was geschehen, nur schade, daß ich nicht mitmachen kann.“ Langhammer mochte an die Staatsprüfung gedacht haben, die nur für brave und polizeiformale Kinder da ist.

Der Delegierte wandte sich an Professor Schlichting. Derselbe Antwort: „Meine Herren, ich bin ganz Ihrer Meinung, aber...“

Dann kam Hans Herrmann an die Reihe. „Meine Herren, Sie wissen schon...“

Wie oft sich der Delegierte noch denselben Bescheid holte, kann ich nicht angeben. Jedenfalls ist die Petition ohne Unterzeichneten geblieben. Auch ein Dokument der Besinnungslosigkeit! —

Ein jedes Volk, ein jeder Stand, ein jeder Mensch verdient immer noch die Behandlung, die er sich gefallen läßt.“

Ueber die Aussichten der Zolltarifvorlage veröffentlicht die „Germania“ eine auffällige Betrachtung. Sie rühmt die Vertretung der Vorlage durch den Grafen v. Posadowsky, erklärt dann aber, seine Schlußrede habe beruhigend wirken müssen, weil er die Möglichkeit in Betracht gezogen habe, daß die Minimalfäße, wenn der Reichstag sie erhöhen und der Bundesrat der Erhöhung zustimmen würde, doch wieder durch Verträge ermäßigt werden könnten. Damit, sagt das führende Centralblatt, sei dem Minimaltarif „der beste Teil seines Nimbus genommen“ und die Sentenz „Minimaltarif ist Unsin“ gerechtfertigt worden; es schneie, als sei die Regierung sich noch gar nicht klar über die wichtigste Frage des Tarifs und, wenn dies der Fall sei, so sei es begreiflich, wenn jetzt schon bei manchen Reichstags-Abgeordneten die Lust, ihre Zeit und Kraft der Vorlage zu widmen, im Schwänden begriffen ist. Noch seltsamer ist der Schluß des Artikels:

„Einsweisen muß man unter dem Eindruck stehen, als ob an den maßgebenden Stellen keine völlige Ueberzeugung mehr darüber herrscht, ob und wie weit die Zolltarif-Vorlage noch aufrecht zu erhalten sei.“

Es ist nicht anzunehmen, daß ein Blatt von der Verantwortlichkeit der „Germania“ derartige Andeutungen ohne hinreichenden Grund und ohne Absicht in die Öffentlichkeit entsendet. —

#### Die Niederlage der Brodwücherer

bei der Reichstagswahl in Wittenberg-Schweinitz ist noch viel größer, als man bisher annahm. Infolge des Schreibfehlers einer Wahlkorrespondenz war nämlich in der ganzen Presse die Stimmenzahl, die der verstorbene Abgeordnete Siemens 1898 erhielt, um 900 zu hoch angegeben worden, auf 6594, während er tatsächlich nur 5694 erhalten hat.

Damit aber haben die Freisinnigen nicht nur 900, sondern beinahe 1000 Stimmen gewonnen, während die Konservativen 800, die Socialdemokraten etwas über 800 Stimmen zuzunehmen. Es haben trotz des ungeheuerlichen Wahltrugs der Konservativen in diesem fast rein ländlichen Wahlkreis die Gegner des Brodwücherers 1900 Stimmen gegen 1898 gewonnen.

Besorgt spricht denn auch bereits die „Kreuzzeitung“ davon, daß hier die zur Stichwahl, die am 30. Dezember stattfindet, eine möglichst rege Arbeit, namentlich auch unter den irreführtesten Landwählern zu thun sei. Ein wertvolles Zugeständnis, wie



um die Gollfreundschaft der Kleinbäuerlichen Bevölkerung in Wirklichkeit steht!

Und wird aus dem Wahlkreis noch geschrieben; Die Stimmenzahl für die Konservativen ist nur durch den riesigen Apparat und die Beeinflussung, die eben nur den Konservativen zur Verfügung stehen, erzielt. Als Beweis dafür dient der Umstand, daß ausnahmslos in allen Orten, wo Redner unserer Partei zum Wort kamen, besonders aber da, wo wir eigene Versammlungen abhalten konnten, das Resultat recht günstig war. Hier nur einige Beispiele: In Seegraben hatten wir 1898 35 Stimmen, diesmal 51, in Jahna 1898 119, heute 145, in Schweinitz 1898 21, heute 49. In Jessen 54, heute 112, in Reinharz 1898 1 Stimme, heute 43!! — Wenn das amtliche Resultat aus den einzelnen Orten in unsere Hände käme, können wir mit Leichtigkeit diese Liste verdreifachen. Andererseits sind da, wohin wir nicht dringen konnten, den Liberalen und den Konservativen Stimmen zugefallen, die bei gründlicher Arbeit — die in diesem Wahlkreis für uns fast unmöglich ist — und zugefallen wären. Prozentual berechnet, haben wir noch am besten abgeschritten, denn unsere Zunahme betrug 18,3 Proz., die der Liberalen 17,8 Proz. und die der Konservativen 11 Proz. Käme die Meinung des Volkes ungehindert zum Ausdruck, das heißt, könnten wir unsere Ansichten im Wort und Schrift überall im Kreis verbreiten, und wäre das Wahlscheitern wirklich gesichert — wäre der Wahlkreis unser.

**Das Rätsel der Duellrede.** Die „Potsdamer Korrespondenz“ meldet: In Sachen der angeblichen Verhörungen des Kaisers zur Duellfrage steht jetzt zu erwarten, daß die „Potsdamer Zeitung“, welche die Meldung zuerst veröffentlichte hatte, weitere Aufklärungen bringen wird. Wie wir aus guter Quelle hören, hat das Blatt bisher in der Angelegenheit nichts weiter veröffentlicht können und zwar mit Rücksicht auf die Person des bisherigen Mitbesizers und Chefredakteurs Martin Berger, welcher Oberleutnant der Reserve ist und, trotzdem er unanfechtbar nachweisen konnte, daß er mit der ganzen Angelegenheit nichts zu thun hatte, doch in militärischer Hinsicht große Verdrießlichkeiten gehabt hat. Herr Berger veröffentlicht jetzt folgende Erklärung: „Mit Rücksicht auf die am 9. Dezember d. J. in der „Potsdamer Zeitung“ ohne mein Wissen und Willen veröffentlichte Meldung über angebliche Allerhöchste Verhörungen zur Duellfrage, lege ich hierdurch die Chefredaktion der „Potsdamer Zeitung“ nieder. Martin Berger, Mitbesitzer der „Potsdamer Zeitung“. Nach diesem Rücktritt hat nun die Redaktion des Blattes freie Hand, um die von vielen Seiten gewünschten Aufklärungen über die Affaire zu veröffentlichen. Bisher wird die Angelegenheit immer dunkler. Gerade der Rücktritt des angeblich „unschuldigen“ und das Verbleiben des angeblichen „schuldigen“ Redakteurs dient dazu, die Affaire noch mehr zu verwirren.“

**Fischer-Verleumdung und staatsverhaltende Intelligenz.** Ein misstrauischer Scherzbold hat jüngst unter dem Namen Fischer junior eine „Vertrauliche Anweisung für socialdemokratische Redner“ herausgegeben. So freudig wir es auch begrüßen würden, wenn sich ein Gegner wagt über uns lustig machen würde — das wäre wenigstens eine Abwechslung in dem idiosyncratischen üblichen Lügen und Verleumdungen —, so lebhaft müssen wir doch für den großen Satiriker Fischer dagegen protestieren, daß dessen guter Name für ein so dürftiges Machwerk mißbraucht wird, das schließlich doch nichts anderes geworden ist, als ein gewöhnlicher „Post“-Artikel in karikiertem Widsinn.

Indessen, kein Widsinn, der über die Socialdemokratie verbreitet wird, ist so groß, daß er nicht in der bürgerlichen Welt Glauben findet. Diese intellektuelle Eigenschaft unserer Gegner führte im badischen Landtage am Ende voriger Woche zu einem äußerst belustigenden Zwischenpiel, das die ersten Verhandlungen über die Arbeitslosigkeit heiter unterbrach. Es wird uns darüber geschrieben:

Dem Abg. Rehner, seines Zeichens Landgerichtsdirektor, einem der besonnensten und gemäßigtesten Mitglieder der Centrumsfraktion, war kurz vor der Sitzung die „vertrauliche“ Schwindelbrotschneide „Anweisung für den socialdemokratischen Redner“ in die Hände gekommen, und der schwarze Herr, der das Geschreibsel für echte Münze nahm, glaubte sie nun mit besonderem Erfolg gegen die Socialdemokratie auszuspielen zu können. Er citierte unter gespanntester Aufmerksamkeit der bürgerlichen Mitglieder des Hauses mehrere Stellen aus dem Machwerk, darunter die: „Die größte Wahrheit und Lüge, die begreifbarste Sache und die größte Puffigkeit, wie die geschickteste Verdrehung müssen mit der gleichen Ueberzeugung dargelegt werden, wenn sie ihren Eindruck nicht verlieren sollen.“

Allgemeine Bewegung auf den Bänken der „staatsverhaltenden“ Parteien, die die Sache natürlich ebenfalls für echt nahmen, unbändige Heiterkeit bei den Socialdemokraten, denen der Fischer'sche Schwindel natürlich bereits bekannt war. Alle Zwischenrufe unsererseits vermochten den Liberalen Herrn nicht vom Bewußtsein der Wichtigkeit seiner „Entfaltung“ abzubringen, mit einem bekräftigenden: „Da sieht's, meine Herren!“ glaubte er sie abthun zu können. Interessant ist, daß auch der neue nationalliberale Abgeordnete von Karlsruhe, Professor Goldschmitt, mit Eleganz auf den Schwindel hineinzugelste.

Fischer junior hat Pech. Er zog aus, um das Weltreich der Socialdemokratie mit den Granaten des Hohns und Spotts zu zerstören, und fand einen — nein, wir wollen die biblische Geschichte von Saul und seinem Königreich nicht parodieren. Fischer junior wollte das geistige Elend in der Socialdemokratie entdecken und verhöhnend und der Erfolg seines Bemühens war die verdienstlichste Bloßstellung der — bürgerlichen Intelligenz. —

**Der Agrarier Major Endell** hat nunmehr plötzlich seine familiären agrarischen Ehren- und Inneben-Nemter niedergelegt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, daß der Vorstand des Bundes der Landwirte sich noch nicht schlüssig gemacht habe, ob er die Demission Endells als Provinzial-Vorsitzender des Bundes annehmen werde. Der Bund spricht dem verdienstvollen Herrn sein unvermindertes Vertrauen aus — ein zähes Vertrauen, das freilich für den Betroffenen kompromittirender ist als selbst ein gerichtlicher Mißersolg. —

**Hohe Scheidung.** Die „Darmstädter Zeitung“ meldet: Durch Urteil des großherzoglichen Oberlandesgerichts vom 21. Dezember d. J. ist die Ehe des Großherzogs und der Großherzogin von Hessen geschieden worden.

Wer ist für den schuldigen Teil erklärt worden? Oder giebt es so etwas in hohen Kreisen nicht? —

**Glaubwürdigere Zeugen.** Aus Hessen wird uns unterm 20. Dezember geschrieben:

Unsere Antisemiten sind durch ein Gerichts Urteil in Aufregung gebracht worden, das im Mai dieses Jahres vom Amtsgericht Darmstadt unter dem Vorsitz des Richters Gerlach gefällt wurde. In den Gründen der Klageabweisung, welche die Darmstädter „Heilsche Reform“ veröffentlicht, heißt es nämlich:

„Das Gericht hat keinen Anlaß, die Glaubwürdigkeit des Zeugen St. zu bezweifeln. Derselbe hat einen zuverlässigen vertrauensverdienenden Eindruck gemacht und seine Aussagen unter dem Eide abgegeben. Er ist mosaischer Religion, deren Angehörige, nach den Erfahrungen des Gerichts, es mit dem Eide durchgängig sehr genau nehmen. Seine Religionszugehörigkeit dient daher dem Gerichte zur Erhöhung seiner Glaubwürdigkeit.“

Eine derartige selbst bei Antisemiten Kopfschütteln erregende Begründung hat nun den antisemitischen Landtags-Abgeordneten, voran Herrn Köhler-Lengsdorf, Veranlassung gegeben, in Landtage die Regierung darüber zu befragen, was sie zu thun gedenke, um die in dieser Urteilsbegründung ausgesprochene Bevorzugung der mosaischen Religion vor Gericht, sowie Gesetzesverletzungen der gedachten Art zu verhindern. In der Begründung dieser Anfrage heißt es, daß jenes Urteil im Widerspruch stehe „mit verschiedenen Landesgesetzen und der Bundesverfassung, mit der allgemeinen Volkstimmung, mit der modernen Forchtung, mit der Statistik, sowie mit dem Gebrauch des Richterstandes der gesamten europäischen Kulturwelt vom Untergang des Römischen Reichs her bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.“ Auf Grund dessen wird die That des Richters Gerlach als eine That erachtet, durch die er sich innerhalb seines Amtes der Achtung und des Vertrauens, die sein Beruf erfordere, bei allen Bekennern der christlichen Konfessionen, die durch diesen Richterspruch hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit vor Gericht den Bekennern des mosaischen Glaubens nachgesetzt werden, unwürdig erzeigt habe.

Wäre Herr Köhler etwas älger als er nun einmal ist, so würde er nicht durch die Begründung für die Berechtigung jenes seltene Urteils wider Willen eine Entschuldigung geliefert haben. Herr Köhler hätte einfach erklären müssen, es sei nicht Sache des Richters, aus der konfessionellen, nationalen, beruflichen oder parteipolitischen Zugehörigkeit eines Zeugen eine mehr oder minder große Glaubwürdigkeit zu bezugieren. Indem aber Herr Köhler nun seinerseits den üblichen ritualmörderischen Rachweis zu führen sucht, daß die Juden geringere Glaubwürdigkeit besitzen, als sonst den Menschentündern im allgemeinen eigen ist, rechtfertigt er geradezu solche generellen unzulässigen Urteile und er kann also auch gar keine prinzipielle Beschwerde mehr darüber erheben, daß ein Richter einmal zu Gunsten der Juden über die Eidesfähigkeit sich ausläßt. Wenn es — nach Herrn Köhler — berechtigt ist, den Juden allgemein mindere Glaubwürdigkeit zuzuschreiben, so muß es natürlich auch gestattet sein, ihnen allgemein größere Glaubwürdigkeit zuzuschreiben. Wäre der Antisemitismus nicht schon an sich eine blühende Sache, die Antisemiten würden es fertig bringen, durch ihre Albernheit auch die beste Sache heillos zu kompromittieren.

Im übrigen ist selbstverständlich jene Urteilsbegründung völlig ungebührig. Solche generellen Eideswürdigungen sollten schließlich aus den Gerichtssälen verschwinden. Freilich gerade wir Socialdemokraten wissen ja ein Lied von derlei Gutachten über Eideswürdigkeit zu singen. Hat man nicht die Haltung der Gendarmen für glaubwürdiger erklärt, als Arbeiter? Hat man nicht die Socialdemokraten sogar als au sich bereit zum Meineid verurteilt? Hat man nicht Offiziere als zuverlässiger bezeichnet als einfache Kaufleute?

Für die Abmessung der Glaubwürdigkeit können immer nur die einzelne Person und die besonderen Umstände in Betracht kommen, niemals die Zugehörigkeit zu irgend welcher Konfession, Rasse, Stand, Partei. Antisemitische Freilich können ja gar nicht anders als auf diese Weise denken. Nur fordern sie, daß derartige Abgemeinurteile zu Ungunsten der Juden erfolgen. Wenn jener Richter erklärt hätte, daß der Zeuge wegen seiner Zugehörigkeit zur mosaischen Religion geringere Glaubwürdigkeit verdiene, so würde niemand über dieses vorzügliche Urteil eines ganz ausgezeichneten Richters so geübelt haben, wie eben Herr Köhler. Es ist ipso facto, daß die Antisemiten gerade über eine im Grunde auf antisemitischer Logik beruhende Urteilsweise so ungehalten sind. —

**Militärjustiz.** Aus Erfurt wird berichtet: Das Kriegsgericht verurteilte den Infanteristen Träger wegen Fahnenflucht und Raubes zu 12 Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere. —

**Sammlung für die Opfer Stetenrons.** Nach der „Tribuna“ wird eine öffentliche Sammlung für die Opfer des Barons Stetenron veranstaltet. Das Blatt meint, in dem Augenblick, wo man in Berlin das Andenken eines verstorbenen Italieners, des Grafen Liniari (Graf Lynar), in der Siegesallee ehrt, thäten die Deutschen gut daran, sich auch der lebenden Italiener zu erinnern, und wären es auch nur arme Arbeiterfamilien. —

### Ein Soldatenschilder.

Aus Thorn wird vom 22. Dezember gemeldet: Wegen Mißhandlung eines Untergebenen in zwei Fällen und Vergehens gegen § 116 des Militär-Strafgesetzbuchs hatte sich der Unteroffizier Max Fleischmann von der 1. Compagnie Pionier-Bataillon Nr. 17 (Stationsgehilfe aus Stargard) gestern vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab sämtliche dem Angeklagten zur Last gelegten Straftatbestände. In der Zeit von Anfang Oktober bis zum 3. Dezember d. J. hat er den Pionier Rekruten Felow in der Instruktionstunde viermal an die Nase gefaßt und so gegen das Kinn gestoßen, daß derselbe mit seinem Schmel umfiel. Ferner hat er demselben beim Turnen mit dem Dammen und Zeigefinger in die Nase gefaßt und stark ge-luffert; die Nase fing infolge dessen an zu bluten. Beim Grezieren verzeigte Unteroffizier Fleischmann dem Rekruten Felow zu vier verschiedenen Malen Faustschläge unter das Kinn; ferner schlug er ihn einmal mit beiden Fäusten gegen die Waden, so daß zwei Zähne heraussaßen, und einmal mit dem Seitengewehr unter das Kinn, daß eine Verletzung entstand. Am 3. Dezember endlich, als Felow beim Waschen das Hemde nicht ausgezogen, da er Husten hatte, schlug ihn Unteroffizier Fleischmann erst an die Nase, stieß ihn gegen das Spind, griff ihn aus Kinn und stieß ihn mit dem Hinterkopfe mehrmals gegen die Thür. Himmeh brachte Felow die Mißhandlungen zur Anzeige. Als er nach einigen Tagen deshalb vernommen werden sollte, gab ihm Felow drei Mark („Schmerzengeld“, wie er sich ausdrückte) und sagte ihm, er solle bei der Vernehmung angeben, er habe in der Nase und am Kinn „Widel“ gehabt, welche beim Druck aufgegangen wären. Diese Angaben, so setzte Fleischmann hinzu, könne er dem Richter unbedenklich machen, da er ja nicht zu schweigen brauche. In diesem Verfahren des Unteroffiziers Fleischmann wurde das Vergehen gegen § 116 des Militär-Strafgesetzbuchs gefunden, welcher Freiheitsstrafe bis zu einem Jahre androht, wer es unternimmt, durch Mißbrauch seiner Dienstgewalt oder seiner dienstlichen Stellung einen Untergebenen zur Begehung einer mit Strafe bedrohten Handlung zu bestimmen. Das Kriegsgericht erachtete den Angeklagten dieses Vergehens, sowie zweier schwerer und zehn leichter Mißhandlungen eines Untergebenen schuldig. Mit Rücksicht auf seine bisherige gute Führung und darauf, daß er durch die Lässigkeit des Felow sehr gereizt worden sei, wurden ihm mildernde Umstände zugebilligt. Das Urteil des Kriegsgerichts lautete auf sechs Wochen Zuchthaus. Unseres Erachtens verdiente der Unteroffizier mit Schimpf und Schande aus dem Heere entfernt zu werden! —

### Ausland.

#### Der drohende Krieg zwischen Chile und Argentinien.

Der Konflikt zwischen Chile und Argentinien hat sich wiederum berart verschärft, daß die ernste Gefahr des Krieges zwischen den beiden Staaten besteht, wenn es nicht England, das von Argentinien als Schiedsrichter angerufen worden ist, gelingt, die vorhandenen Gegensätze zu vermitteln.

Die Verschärfung der Situation wird darauf zurückgeführt, daß, nachdem die von Chile vorgeschlagene Grundlage für die Ordnung der Streitigkeit bereits im allgemeinen angenommen gewesen sei, von Argentinien noch neue Forderungen gestellt worden seien, die Chile nicht habe acceptieren wollen. Wahrscheinlich ist man, die Klüftungen beweisen das ja, entschlossen, die Gebietsstreitigkeit mit Waffengewalt zum Austrag zu bringen und man zog die diplomatischen Verhandlungen wohl nur deshalb in die Länge, um erst nach Möglichkeit Kriegsvorbereitungen treffen zu können. Vieles ist die Anrufung Englands als Schiedsrichter durch Argentinien auch nur ein diplomatischer Schachzug, um Zeit zu gewinnen.

Jedenfalls fährt man trotz der Anrufung des Schiedsrichters fort, die Klüftungen mit feberhaftem Eifer zu betreiben. In Argentinien werden 30 000 junge Leute eifrig in der Handhabung der Feuerwaffen geübt. Man glaubt, daß sich auf den ersten Ruf 80 000 Mann zu den Fahnen stellen werden. In der Nähe von Rosario soll eine große Fabrik für Geschosse eingerichtet werden; 2 200 Arbeiter sind mit der Anfertigung von Uniformen beschäftigt. Ferner ist vom Kabinett beschlossen worden, zwei neue Regimenter Gebirgsbatterie zu errichten. Auch haben sich, wie vom Sonntag aus Gibraltar gemeldet wird, 240 Offiziere und Mannschaften des argentinischen Armeekorps „Presidente Sarmiento“ auf dem italienischen Dampfer „Siro“ nach Buenos Ayres eingeschifft.

In Chile rührt man nicht minder eifrig. Durch eine im ganzen Lande verbreitete Proklamation ist das zweite Kontingent der Nationalgarde einberufen worden, ohne daß die bereits zur Übung einberufenen Mannschaften entlassen worden wären. Die auf Urlaub befindlichen Offiziere und Mannschaften haben den Befehl zur sofortigen Rückkehr erhalten.

Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten soll noch nicht erfolgt sein, trotzdem Argentinien seinen Gesandten aus Santiago abberufen hat. Der daselbst zurückgeliebene Sekretär der Gesandtschaft ist mit der Führung der Geschäfte beauftragt worden. Der Präsident von Argentinien, Roca, hat dem in Madrid tagenden Ibero-amerikanischen Kongress die Mitteilung zu gehen lassen, daß er sich bemühen werde, den Frieden aufrecht zu erhalten. Nichtsdestoweniger kann jeden Tag die Entscheidung fallen. Der Kriegsausbruch siele ja so schon mit Weihnachten zusammen. —

#### Die Missionare als Aufwiegler.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ schreiben: Einem von geschätzter Seite uns zur Verfügung gestellten Privatbrief eines in Südchina lebenden Deutschen entnehmen wir, daß dort unter den Europäern wegen der Thätigkeit der Missionare in politischer Beziehung nach wie vor stark Bedenken bestehen. Der Belehrungseifer mache unter den Chinesen, die nicht befehrt sein wollen, böses Blut, noch mehr der Umstand, daß die Missionare betriebs ihrer Schlingel, der chinesischen Christen, sich auch in chinesische Privat-händel einmischten und deren Ausstrozung vor die Konsulate brächten; dort glaubten sich dann die Chinesen zurückgesetzt und ungerecht behandelt. So erhalte der Haß gegen die Europäer immer neue Nahrung, und man könne vor einem abermaligen schlimmen Ausbruch nicht sicher sein. —

#### Oesterreich-Ungarn.

##### Die Arbeitslosendemonstration in Budapest.

Ueber die Vorgänge in Budapest wird der Wiener „Neuen Freien Presse“ gemeldet:

Die Arbeitslosen der Hauptstadt veranstalteten heute nachmittags mit behördlicher Bewilligung einen Demonstrations-Spaziergang. An demselben beteiligten sich anfangs etwa 2 000 Personen, später wuchs die Menge auf ungefähr 5 000 an. Auf dem Wege wurden Arbeiterlieder gesungen. Der Zug passierte den Batjaner Boulevard, die Androssystraße und den Elisabeth-Platz und wendete sich dann gegen die Kerepeserstraße. Dort wollte die Menge von der von der Polizei vorgeschriebenen Richtung abweichen und zum Nationalkassino ziehen. Die Polizei stellte sich nun dem Zuge entgegen und forderte die Menge auf, sich zu zerstreuen. Der Auf-forderung wurde aber keine Folge gegeben, und es kam zu Zusammenstößen und Schlägereien, bis schließlich die Constablen in die Menge sprengten und sie auseinander trieben.

Am löse sich der Zug in zahllose Gruppen auf. Ein Teil, etwa 1 000 Personen, zog nach dem Elisabeth- und Theresien-Platz, wo sie ein Stein-Bombardement auf Geschäfts-läden eröffneten. Die Polizei erwiderte sich diesem Vorgehen gegenüber ohnmächtig, was zur Folge hatte, daß die Demonstrationen immer größere Dimensionen annahm. Es kam so weit, daß aus mehreren Auslagen, deren Fenster zertrümmert wurden, von der Menge Waren geraubt wurden. Aus der Auslage eines Bankhauses wurden Goldstücke, aus einem Juwelierladen Uhren und Ketten, aus dem Laden eines Schuhmachers Hüte geraubt.

Größe Aufregung bemächtigte sich der Menge, als plötzlich an zwei Stellen Revolvergeschosse fielen; durch dieselben wurde glücklicherweise niemand verletzt.

Dagegen wurden mehrere Personen, darunter der Honved-Hauptmann August Rado, durch Steinwürfe verwundet.

Die Exzesse währten länger als zwei Stunden, ohne daß die Polizei energischer Maßnahmen ergreifen hätte.

Der durch die Exzedenzen angerichtete Schaden an fremdem Eigentum dürfte bei 40 000 Kronen betragen. Abends wurden zahlreiche Verhaftungen, es heißt mehr als hundert, vorgenommen.

#### Frankreich.

##### Das Tadelvotum gegen die Abk. Socialisten.

Der Beschluß des Generalkomitees in Sachen der socialistischen Abgeordneten, die die China-Expeditionen begleitend haben, lautet: „In dem das Generalkomitee den Beschluß des Internationalen Kongresses von 1900 in Erinnerung bringt, wonach die socialistischen Abgeordneten in allen Ländern sich verpflichten, gegen alle militärischen Ausgaben und alle Ausgaben für die Flotte und die militärischen Kolonial-Expeditionen zu votieren; indem es ferner an sein Protest-Manifest gegen den China-Krieg erinnert, sowie daran, daß das Interesse des socialistischen Proletariats und die Pflicht seiner Vertreter darin besteht, den Kampf gegen den Militarismus und dessen Folgen nie aus dem Auge zu verlieren, — mißbilligt es das Votum der socialistischen Abgeordneten, die sich den Begleit-Expeditionen der China-Expeditions-Truppen angeschlossen haben.“ — Außerdem wurden von Komitee die Föderationen, denen die mißbilligten Abgeordneten angehören, aufgefordert, ihrerseits die „notwendigen Sanctionen“ zu beschließen und davon dem Komitee vor dem Parteitag zu Lausanne Kenntnis zu geben. Dabei befaßt sich das Komitee vor, von sich aus einen Beschluß zu fassen, falls die betreffenden Föderationen keine Antwort geben oder einen unzulässigen Beschluß fassen sollten. — Die Mißbilligung wurde einstimmig beschlossen, das weitere mit 28 gegen 11 Stimmen, wobei die letzteren 11 einen sofortigen Beschluß des Komitees verlangten im Sinne eines Ausschließungs-Antrages auf dem Parteitag zu Lausanne. —

**Die zweijährige Militärdienstzeit.** Holland, der Reichs-erster der Heereskommission, hat den Entwurf eines neuen Militär-gesetzes fertiggestellt. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Jeder Franzose ist zu persönlichem Heeresdienst verpflichtet. Der



Dienst ist für alle gleich. Außer der körperlichen Untauglichkeit giebt es keine Ausnahmen, die vom Heeresdienst entbinden. Die Auslösung wird durch das gegenwärtige Gesetz abgelehnt. Ueber die Dauer der Dienstzeit, die insgesamt 25 Jahre beträgt, enthält der Entwurf folgende Bestimmungen: Jeder Franzose hat eine aktive Dienstzeit von 2 Jahren zu absolvieren; die Reserve dauert 11 Jahre; der jüngste Jahrgang der Reserve hat sich zur Disposition des Kriegeministers zu stellen; die Landwehr dauert 6 Jahre, Reserve der Landwehr wiederum 6 Jahre; der Dienst beginnt mit dem 1. spätestens 10. Oktober und endet nach Ablauf von 2 Jahren am 30. September.

Bei der Enthüllung des Standbildes Baudins, des 1851 auf den Barricaden gefallenen Freiheitskämpfers, an der Louvet, sämtliche Minister sowie Abordnungen der Kammer und des Senats teilnahmen. Am 10. folgte das Auftreten des nationalistischen Präzidenten des Pariser Gemeinderats, Daussiet, zu einem Zwischenfall. Als Deschanel in seiner Rede den Caesarismus scharf verurteilte, ertönten aus der Volksmenge die Rufe: „Es lebe die Republik!“ und „Nieder mit dem Nationalismus“. Als sodann Präsident Louvet und Ministerpräsident Waldeck-Rousseau von der Verdächtigung lebhaft begrüßt, den Denkmalsplatz verlassen hatten, betrat Daussiet den Platz vor dem Denkmal und ergriff das Wort, obwohl er nicht in der offiziellen Rednerliste aufgeführt war. Gleich bei Beginn seiner Ausführungen wurde der Redner durch feindselige Juristen, welche immer härter wurden, unterbrochen. Man rief „Nieder mit Daussiet und Es lebe die Republik“. Alsbald umringten Polizeibeamten Daussiet. Es gelang ihnen mit großer Mühe, Daussiet und die Mitglieder des Gemeinderats aus der Volksmenge, die eine feindselige Haltung einnahm, zu befreien. Daussiet konnte sich, von der Polizei gedeckt, entfernen. Im Augenblick, als er seinen Wagen bestieg, umringten die sozialistischen Mitglieder des Gemeinderats, welche von zahlreichen Anhängern begleitet waren, denselben und folgten ihm eine kurze Strecke unter den Rufen: „Nieder mit Daussiet!“ „Es lebe die Republik!“ Municipalgardisten mußten einschreiten, um dem Wagen freie Bahn zu schaffen.

Die Parlamentswahlen, die im Frühjahr 1902 stattfinden, beginnen jetzt schon, die Parteien zu beschäftigen. Die „revolutionären Sozialisten“ (Guesde usw.) haben Sammlungen für den Wahlfonds eröffnet. Die Kosten für die Wahlkampagne werden für diese Fraktion sehr hoch zu stehen kommen, da sie in allen 500 und etlichen Kreisen, in die Frankreich eingeteilt ist, Kandidaten aufstellen will.

### Belgien.

Sturm in der Kammer. Die belgische Kammer, welche sich bis zum 14. Januar vertagt hat, hatte vor Schluß der Session noch eine sehr stürmische Sitzung. Emil Vandervelde erklärte bei der Budgetberatung, daß die Opposition gegen das Budget stimmen werde; einer Regierung, deren Macht auf dem Moral-Wahlsystem und auf Wahlfälschungen beruhe, werde die Opposition alle Mittel verweigern. Die Sitzung, welche von 2 Uhr mittags bis 9 1/2 Uhr abends dauerte, wurde um 6 Uhr für das Publikum geschlossen; die Kammer tagte in geheimer Sitzung weiter. Trotzdem die Regierung sich dagegen aussprach, bewilligte die Kammer den Deputierten freies Recht auf allen belgischen Eisenbahnen. Am 7 1/2 Uhr wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Ein großer Tumult entstand bei der Beschlußfassung über die Dotation des Grafen von Flandern (belgischen Kronprinzen). Die Sozialisten verteidigten die republikanische Idee; der Ministerpräsident und ein liberaler Redner legten sich für das monarchistische Prinzip ein. Demblon griff den Grafen v. Flandern heftig an; auf seinen der Vinken erschollen die Rufe: „Gott die Republik!“ „Gott das gleiche Wahlrecht!“ Schließlich wurde die Dotation mit 60 gegen 28 Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen, angenommen.

Die Agitation für das allgemeine gleiche Wahlrecht ist in Brüssel mit einem Meeting eröffnet worden. In demselben nahmen außer den Sozialisten auch Abgeordnete der liberalen Partei das Wort.

### Italien.

Eine Kundgebung für Ferri haben die Studenten der Universität von Neapel beschließen. Der Rektor hat dieselbe jedoch verboten. Die Agitation unter den Studenten dauert aber fort und erstreckt sich auch auf die Schüler des Instituts der schönen Künste; dasselbe ist geschlossen worden.

Bei dieser Gelegenheit ist betont, daß die Behauptungen einiger deutscher bürgerlicher Blätter, die italienischen Socialdemokraten und deren Presse träten nur sehr lau für Ferri ein, durchaus unrichtig ist. Der „Avanti“, das Zentralorgan der sozialistischen Partei, bringt noch jetzt täglich Zuschriften und Mitteilungen von Protestkundgebungen aller Art gegen die Kammermehrheit, und zwar aus allen Bevölkerungsklassen zum Ausdruck. So ist in Turin z. B. für den 1. Januar gelegentlich der Anwesenheit Ferris eine große Demonstration geplant.

### England.

#### Die Wirkung der Chesterfielder Rede.

London, 21. Dez. (Eig. Ber.) Rosebergs zweistündige Rede in Chesterfield bildete das politische Thema der abgelaufenen Woche. Ihr Mangel an Tiefe wurde durch die ungewöhnliche Breite und Fülle von Gemeinplätzen ersetzt und das machte sie dem englischen Publikum zu einer staatsmännischen Kundgebung ersten Ranges. Auf die liberale Partei ist ihre Wirkung sichtbar. Sie sieht, daß Rosebery der Mann ist, der sie zum Siege führen könnte. Ihre radikalen und gemäßigten Vertreter sind deshalb in gleicher Weise bemüht, die einzelnen Momente der Rede besonders hervorzuheben. Das zeigte sich am klarsten in der mit Chamberlofer Gewalt unterdrückten Rede von Lord-George in Birmingham und in Asquiths Rede in Wilson. So tief die Kluft ist, die diese beiden Mitglieder der liberalen Partei voneinander trennt, klammern sich doch beide an Rosebery. Andererseits werden von den Unionisten Versuche gemacht, Rosebery für sich zu gewinnen und eine Umbildung des Kabinetts vorzunehmen.

Im heutigen „Spectator“ wird Rosebery formell eingeladen, sich der parlamentarischen Mehrheit anzuschließen, der er seiner Chesterfielder Rede nach eigentlich angehören müßte. Ebenso wird die „Fortnightly Review“ für Januar 1902 eine ähnliche Einladung an Rosebery ergeben lassen. Die „Fortnightly“ erklärt, England stehe vor einer Umbildung des Kabinetts. Lord Salisbury werde sich zurückziehen, um Rosebery Platz zu machen. Sollten sich indes Schwierigkeiten bei der neuen Kabinettsbildung zeigen, so werde der König eingreifen und Rosebery bitten, wenigstens das Ministerium des Äußeren zu übernehmen. Die Schwierigkeit bestünde in der persönlichen Abneigung Rosebergs gegen Chamberlain. In ihrer Politik aber stimmten sie ziemlich überein: „Das imperiale und sociale Evangelium von Chesterfield und Birmingham sind nur Varianten eines Textes.“ Das ist ganz gut gesagt. In der That ist Rosebery nur eine édition de luxe von Chamberlain.

Die Chesterfielder Rede dürfte auch ihre Wirkung auf die Fabrier nicht verfehlen. Sie müssen sehr einsehen, daß eine eheliche, rückwärtslose Socialreform, wie Sidney Webb sie will, von Rosebery nicht zu erwarten hat. Wohl spottete letzterer in seiner Rede über die Liberalen, die mit Bedecktem eingehüllt dasitzen und ihre altbekannten Lüne herunterlesen, aber er hat doch nichts Neues vorgeschlagen. Der heutige „Speaker“ sagt: „Mr. Webb verfaßt Rosebery mit einem Programm der „administrativen Effizienz“, das ihm die Principien Gladstones und Cobdens ersetzen sollte.“ Rose-

bery hat zwar in Chesterfield diese Phrase gebraucht, aber ohne Kommentar besagt sie gar nichts.

In ganzen genommen hat die Rede alle ehelichen socialpolitischen Elemente enttäuschen müssen. Ihre einzige positive Wirkung besteht darin, daß Lord Rosebery durch sie regierungsfähig geworden ist.

### Rußland.

Aus Rußisch-Polen. In Warschau haben in diesen Tagen zahlreiche Verhaftungen und Hausdurchsuchungen stattgefunden; die Stadt wimmelt wieder von Spitzeln. Am selben Abend wurden in Pody 120 Personen verhaftet; die festgenommenen Arbeiter hat man in ungeheizte Keller eingeschlossen. Die Gefängnisse reichen nicht mehr aus.

### Asien.

Kowwit. Aus London wird vom Montag gemeldet: Das Auswärtige Amt läßt die Erklärung abgeben, England beabsichtige nicht, Kowwit zu annektieren. Die englische Regierung wünsche am persischen Golfe nur die Aufrechterhaltung des status quo.

## Partei-Nachrichten.

Die Gemeindevahl in Mainz. Zu dieser Angelegenheit geht uns mit dem Ergehen um Abdruck eine Protesterklärung seitens des Wahlkomitees zu, die wir um so lieber abdrucken, als wir den guten Glauben der Mainzer Parteigenossen nie angezweifelt haben. Wir verzichten deshalb auch auf weitere Bemerkungen dazu, umso mehr, als man ja gegen Proteste überhaupt nicht polemisieren kann.

#### Erklärung!

Der „Vorwärts“ hat gegen die Mainzer Parteigenossen den Vorwurf erhoben, sie hätten sich einer „trostlosen Schandermacherei“ bei der letzten Kommunalwahl schuldig gemacht und die Partei durch ihre „Kompromisserei“ kompromittiert. Unterzeichnete Mitglieder des Wahlkomitees legen für sich und für die Parteiverammlung, die ihren Vorschlägen seiner Zeit einmütig zugestimmt hatte, gegen diesen völlig unberechtigten Vorwurf Protest ein. Sie sind nach wie vor der Ueberzeugung, daß sie die unter den gegebenen Verhältnissen einzig richtige Taktik eingeschlagen haben und daß der Erfolg der Wahl der Partei in jeder Beziehung zum Nutzen gereicht.

Mainz, 20. Dezember 1901.

Sal. Viebmann, C. Schell, J. A. Stod. Weß. Tiefel, P. Braum, Ph. Haas, J. Wolf, A. Göbel.

Totenliste der Partei. Die Genußgenossen besagen den Tod zweier wackeren Kämpfer, die beide am Freitag plötzlich gestorben sind. Es sind der ehemalige Schriftfeger Bruno Albert und der Schlosser Rob. Anton Schulze. Beide haben, der eine mehr in der Öffentlichkeit, der andre mehr im Stillen, seit langen Jahren ihre Kräfte in den Dienst der Partei gestellt und ihr Tod bedeutet für die Partei in Genußgenossen einen herben Verlust.

Offizielle Monatsberichte wird vom Januar nächsten Jahres an der Vorstand der italienischen sozialistischen Partei herausgeben. Diese Monatsberichte sollen u. a. enthalten: Statistische Mitteilungen über die Zweigvereine und deren Mitglieder, die Wörkungen des Parteivorstandes, die Circulars und Bekanntmachungen der Zeitung, Statuten und Beschlüsse der Partei. Der ökonomische Teil soll Mitteilungen bringen über die wirtschaftlichen Organisationen: Gewerkschaften, Kooperationsgenossenschaften, Interkommunale Vereine, Arbeitskammern usw., ferner Statistiken über die Streiks, Gerichts-urteile, namentlich solche der Schiedsgerichte, Mitteilungen über den Arbeitsmarkt und über die soziale Gesetzgebung Italiens und des Auslandes. Der politische Teil wird die Agitation für die Partei besprechen, die Berichte über die sozialistischen Kongresse und die Tätigkeit der sozialistischen Gemeinderäte und Stadtverordneten bringen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Nach der Weihnachtszeitung der Buchhandlung Vorwärts wurde gesucht in den Expeditionen der Parteiblätter in Rostock, Rassel und Augsburg. Die Hausdurchsuchung war in allen Fällen ergebnislos, abgesehen von 5 Exemplaren, die in Rostock gefunden wurden.

Eine energische Abweisung erfährt die Staatsanwaltschaft in Kiel durch die dortige Strafkammer mit einem Prozesse gegen einen Arbeiterverein. Der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Dietrichsdorf des Werftarbeiter-Verbandes sollte das Vereinsgesetz dadurch verletzt haben, daß er entgegen einem polizeilichen Verlangen Veränderungen im Vorstande der Jahrestelle nicht angezeigt. Er wurde mit Polizeigewalt bestraft, vom Schöffengericht auf seinen Antrag aber freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft legte gegen das freisprechende Urteil Berufung ein. Jedoch erkannte auch die Strafkammer auf kostenlose Freisprechung mit der Begründung, daß auch ein politischer Verein nicht nötig hätte, Veränderungen im Vorstande anzuzeigen. Da aber das Verbot lediglich durch die Staatsanwaltschaft veranlaßt worden sei, so seien dem Angeklagten auch die Kosten der Verteidigung und die baren Auslagen zu ersetzen.

## Der Boeren-Krieg.

### Eine englische Schlappe bei Kroonstad.

Die Londoner Abendblätter melden aus Kroonstad vom Sonnabend: Major Mc Ricking, der mit 90 Mann sich auf dem Marsch von Brededorf durch das Baalthal befand, wurde plötzlich von überlegenen feindlichen Streitkräften angegriffen. Nach heftigen Kämpfen wurden die Engländer gezwungen, sich auf die Bahnlinie zurückzuziehen. Sie verloren an Verwundeten zwei Offiziere und fünf Mann.

Eine andre Meldung stellt die Schlappe als eine weit empfindlichere dar: Eine englische Abteilung unter Major Ridding, die von Brededorf ausmarschiert war, wurde beim Passieren des Baal-Thales von einer größeren Boerenmacht angegriffen. Nach kurzem Gefecht waren die Engländer gezwungen, sich zurückzuziehen und wurden die ganze Nacht hindurch von den Boeren verfolgt. Zwei Offiziere und neun Mann wurden getötet und 24 schwer verwundet, außerdem viele Gefangene gemacht, und eine größere Anzahl englischer Transportwagen von den Boeren genommen.

### Kriegspläne der Boeren.

„Daily News“ meldet aus Volksmünd: Die Boeren im Felde veranfaßten in letzter Zeit Zusammenkünfte, um neue Feldzugspläne für den Sommer zu vereinbaren. Darunter befindet sich ein Marsch nach Natal durch die Drakensberge. Der Leiter des Unternehmens soll De Wet sein, und Voska mit ihm zusammenwirken. Die zweideutige Haltung der Sowas ermöglichte es, daß Waffen, Schießbedarf und Briefe aus Europa über die Grenze kamen. Der Feind ist gut beritten und mit Vorräten wohl versehen.

### Scharmügel.

Wie aus Standerton gemeldet wird, hat Kommandant Allenby in der Nähe von Balmoral ein Boerenlager mit 100 Mann überrascht. Er machte 33 Gefangene, darunter befinden sich die Kommandanten Pretorius, Steenkamp, Rinaar und Dupree. Außerdem erbeutete er 150 Stück Vieh und 40 Pferde. Das Lager stand unter dem Befehl des Kommandanten Wolmarans, welcher einen Rindschafsbritt nach dem Süden unternommen hatte.

Nach einer Meldung aus Kapstadt ist der Boerenkommandant Haas-Broed in Dornberg getötet worden. — Die Kolonne Methuen hat das Kommando Vottgieret überrascht. Der Kommandant konnte sich mit 60 Mann flüchten, aber seine Familie und die Papiere fielen in die Hände der Engländer.

### Angedachte Boerenangriffe.

Lord Kitchener hat an den Kriegsminister Brodrick einen zweiten Bericht gesandt, in dem er verschiedene Fälle meldet, in welchen Eingeborene von Boeren erschossen worden seien und von 16 Fällen Einzelheiten anführt, unter denen sich auch

einer befindet, in welchem ein Eingeborener im November oder Dezember 1900 zwischen Pretoria und Rustenburg lebendig verbrannt worden. Ferner berichtet Kitchener, daß bei Kimberley 37 Ermordungen und im Nordwesten des Oranienfreistaats 23 Ermordungen in den letzten 14 Monaten vorgekommen seien.

## Aus Industrie und Handel.

### Grundbesitz und Hypotheken.

Der Verein Berliner Grundbesitzer- und Hypotheken-Makler bespricht in seinem letzten erschienenen Jahresbericht den Geschäftsverkehr in Grundstücken und die Lage des Hypothekenmarktes. Wie nicht anders zu erwarten, ist der Geschäftsverkehr in Grundstücken im verflochtenen Jahre ein sehr reger gewesen. Die fortgesetzt steigenden Mietpreise, die große Nachfrage nach Wohnungen, liehen den Erwerb eines Grundstückes als überaus gute Kapitalanlage erscheinen. Der Bericht sagt darüber:

„Stark begehrt waren nur Mittelgrundstücke mit möglichst geringen Anzahlungen, für welche sich aus den Kreisen kleiner Rentiers zahlreiche Reflektanten fanden, die nach den Verlusten an den solidesten Anlagewerten, von dem ihnen übrig gebliebenen Zinsgenuß nicht mehr leben konnten, und daher durch den Erwerb eines Grundstückes ihre Rente zu erhöhen trachteten. Wenn dieselben hierdurch auch ihre momentane wirtschaftliche Lage verbesserten, so ist doch nicht zu verkennen, daß in dem Erwerb von Grundstücken mit so kleinen Anzahlungen, welche in vielen Fällen 5—6 Prozent des Kaufpreises nicht übersteigen, für den Erwerber wie für den Verkäufer eine gewisse Gefahr für die Zukunft liegt, besonders wenn Erwerber darauf angewiesen ist, den Ueberfluß für seinen Lebensunterhalt zu verwenden und ihn nicht dazu benutzen kann, einen Teil der Hypotheken zu amortisieren.“

Diese Gefahr für die Zukunft trifft in viel erhöhterem Maße die Miether. Die Käufer, die mit geringen Ueberflüssen rechnen müssen, andererseits aber ihr ganzes Einkommen aus der Verwaltung eines Hauses beziehen, werden zu Mietsteigerungen unangenehm angezogen und zeigen sich gegenüber allen Anforderungen des Mieters in Bezug auf das Instandhalten der Wohnungen ablehnend.

Allerdings von der Wohnungsnot will der Bericht nichts wissen, er hält die Begünstigung der Baugenossenschaften für unbedenklich und redet der uneingeschränkten Konkurrenz im Grundstücksverkehr das Wort. Von einer eigentlichen Wohnungsnot sei keine Rede, sie sei vielmehr nur auf böswillige Zahler, lästige Mieter und zum großen Teil auf die erschweren Erwerbsverhältnisse zurück zu führen. Die Beurteilung bewegt sich im engen Geschäftskreis des Interessenten, der in einem Wohnungsmangel eine Steigerung des Wertes der Wohnungen erblickt, die die politische die erlöbte Profitrate entzogen muß. Ein sozialistisch verständiges Urteil ist deshalb an dieser Stelle nicht anzutreffen.

Der Hypothekenverkehr hatte infolge der Bankkatastrophen größere Schwierigkeiten zu überwinden. Zu Beginn des Berichtsjahres schien sich das Publikum über den kurz vorher stattgehabten Zusammenbruch des Spielhagen-Concerns einigermassen zu beruhigen, obgleich die Kapital-Anlagen in Hypothekenbank-Pfandbriefen, welche letztere sonst im Monat Januar relativ am stärksten abgesetzt werden, überaus schwach waren. Dies war aber auch sehr erklärlich, da von dem Zeitpunkt ab, wo die Pommern- und Sireklybank sich gezwungen sahen, die Aufnahme ihrer Pfandbriefe und Aktien einzustellen und solche im Anse immer weiter sanken, die nur leicht vernachlässigten Wunden, welche die Spielhagen-Affaire geschlagen, wieder aufsprangen und neue Verunruhigung Platz griff. Anfangs des Jahres lag ein unüberwindbarer Druck auf dem Hypothekenmarkt, welcher noch dadurch verstärkt wurde, daß die notleidenden Banken ungeheure Posten guter Hypotheken an den Markt warfen, wodurch der Zinsfuß ohne weiteren Grund in die Höhe gesetzt wurde. Zahlreiche Institute und Privatkapitalisten erwarben in vorteilhafter Weise die angebotenen Abschnitte und legten sich hierdurch mit ihren Mitteln fest, so daß sie keine weiteren Geschäfte abschließen konnten.

Beachtenswert ist, daß entgegengezet dem früheren Jahresberichte in diesem Jahre im zweiten Semester ein lebhafter Geschäftsverkehr eintrat. Die Ursache lag nicht allein in der inzwischen eingetretenen Beruhigung auf dem Pfandbriefmarkt, sondern mehr noch in dem Rückgang der deutschen Industrie und unter diesmal im Herbst ausgebliebenen Verteilung des Geldmarktes. Der Bericht erhofft deshalb eine weitere günstige Entwicklung des Geschäftsverkehrs in Aussicht stellen zu können.

In den Vorschlägen zur Sicherung der Bauhandwerkerforderungen und der Einführung von Lagämtern erkennt der Bericht keinen Schatz der wirtschaftlich Schwächeren, vielmehr befürchtet er ein Hinandrängen dieser zu Gunsten der Weiserstürzten. Das mag eintreten, schließlich soll aber auch der Zweck des Gesetzes sein, daß nicht jeder, der schon mehrmals den Manifestationszeit geleidet hat, als Bauunternehmer Arbeiter und Handwerker um ihren verdienten Lohn betrogen kann. Feurer werden die Bauaufseherungen auch dadurch nicht, wenn selbst kleine unsichere Unternehmer andrangert werden. Wo gewinnbringende Aufträge geboten sind, ist auch immer das nötige Kapital und der Unternehmungsgedanke vorhanden.

Aus dem Konkurs der Bierbryhnen-Gesellschaft, die mit einer Million Aktienkapital von der Tredergesellschaft Gebr. Sumpf, Schmidt, Schlegel und Schulze-Dellwig gegründet wurde, wird berichtet, daß die Aktiven 120 000 M. betragen. Die vorgeschuldeten Anteilsscheine sind mit 5000 M. in die Bilanz aufgenommen. Der Wert der ausländischen Patente, deren Verkauf jedenfalls sehr schwierig ist, wurde mit 97 000 M. eingestuft. Den Gläubigern gegenüber macht die Gesellschaft eine Forderung von 10 187 M. geltend, von der, da außer Schulze-Dellwig sämtliche Gründer in Konkurs geraten sind, kaum 5 Proz. eingezogen werden wird. Die Zweigniederlassungen sind aufgehoben.

Der Verband Schlesisch-Lausitzer Tafelglashütten ist in Liquidation getreten. Auch die Vereinigten Glasfabriken Dresdens, die sich wesentlich mit der Anfertigung von Rundgläsern beschäftigen, sind auseinander gegangen, weil ihre Verabredungen unter der gegenwärtigen schlechten Geschäftslage nicht mehr haltbar waren.

## Die Haupt- und Staatsaktion der Berliner politischen Polizei gegen die Weihnachts-Zeitung

enthält immer interessanter Bilder. War schon die Beschlagnahme der Geschäftsblätter etwas Unverständliches, da ja die geschickten Adressen darin gar nicht enthalten sein konnten, so wird die Unverständlichkeit noch gesteigert durch den Umstand, daß seitdem fünf Tage verfloßen sind, ohne daß der Richter es für nötig befunden hätte, die Deffnung der beschlagnahmten und versiegelten Bücher, die in Gegenwart des Eigentümers derselben stattgefunden hat, vorzunehmen. Da fragt es sich: zu welchem Zwecke hat die Polizei die Geschäftsblätter beschlagnahmt? Nach ihren Angaben, um die Adressen festzustellen, an welche Weihnachts-Zeitungen gesandt wurden, und dann die Verbreitung zu hindern. Die Beschlagnahme erfolgte am Mittwoch, den 18. Dezember, am gleichen Tage — ohne den Besitz der Geschäftsblätter — waren auf telegraphische Anweisung auswärts so und so viele Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen erfolgt. Was hat die Beschlagnahme heute noch für einen Zweck, wenn fünf Tage nachher die Papiere und Bücher noch nicht eingestuft sind? Und da nach § 110 der Strafprozess-Ordnung der Inhaber der Papiere oder dessen Vertreter der Durchsicht und Entseglung durch den Richter beizuwohnen hat, eine Vorladung an denselben oder noch nicht ergangen ist, so



Es doch nicht anzunehmen, daß die Entsehung bereits stattgefunden hat. Und ebensowenig ist anzunehmen, daß die Polizei — entgegen der klipp und klaren Vorschrift des § 110 St.-P.-O. Abz. 2 — eigenmächtig die Siegel gelöst und nun seit fünf Tagen zu polizeilichen Zwecken die Bücher durchsucht.

Freilich dem Richter, wie das der § 110 der St.-P.-O. vorschreibt, sind bis Montagvormittag die Geschäftsbücher nicht abgeliefert gewesen. Denn auf Befragen erklärte der Herr Kriminalkommissar Groß dem Vertreter der Buchhandlung Vorwärts, dem Genossen Fischer, am Montagvormittag, die Bücher befänden sich bei der Staatsanwaltschaft!

Das ist der Unverständlichkeit zweiter Teil!  
Die Beschlagnahme der Geschäftsbücher erfolgte ohne Auftrag der Staatsanwaltschaft, als deren Hilfsorgan die Polizei funktioniert. Sie erfolgte ohne Wissen der Staatsanwaltschaft und, wie aus dem Vortraute einer am Sonnabend ergangenen Verfügung des Oberstaatsanwalts Herrn Dr. Hensel hervorgeht, gegen den Willen der Oberstaatsanwaltschaft. Die Beschlagnahme ist auch ohne richterliche Anordnung erfolgt, denn auf Befragen des Vertreters der Buchhandlung Vorwärts verweigerte der Kriminalkommissar auf seine Legitimation und auf seine Verantwortung. In diesem Falle muß nach § 98 der Strafprozessordnung der betreffende Beamte innerlich 3 Tagen die richterliche Bestätigung nachsuchen, wenn Widerspruch erhoben wurde. Das ist geschehen, ebenso wurde Beschwerde eingelegt. Bis Sonnabend — also den letzten Termin — ist unfres Wissen dieser gesetzlichen Vorschrift seitens der Polizei nicht entsprochen worden.

Ueber diese Gesetzesverletzung ist seitens der Buchhandlung Vorwärts bereits beim Minister des Innern gegen das Polizeipräsidium Beschwerde erhoben worden, ebenso bei Gericht und Minister gegen die Verletzung des § 31 der Reichsverfassung, der die parlamentarische Immunität gewährleistet. Dies der Unverständlichkeit dritter Teil!

Über die Unverständlichkeit dieser polizeilichen Haupt- und Staatsaktion ist damit noch nicht zu Ende.

Am Sonnabend, den 21. Dezember, beschiedet auf eingelegte Beschwerde des Reichstags-Abgeordneten Fischer der Oberstaatsanwalt Herr Dr. Hensel, daß die Beschlagnahme von der hiesigen Polizeibehörde verfügt worden sei und daß er die Akten mit der Beschwerde sofort dem Herrn Polizeipräsidenten zur Freigabe vorgelegt habe; er nehme an, „daß sich die Beschwerde durch Freigabe der nicht auf meine Veranlassung erfolgten Beschlagnahme der Geschäftsbücher erledigen wird“.

Am Montag, den 23. Dezember, begibt sich der Vertreter der Buchhandlung Vorwärts auf das Polizeipräsidium, um die Verschleppung der Auslieferung der beschlagnahmten Geschäftsbücher zu bewirken. Er beruft sich auf die Verfügung des Herrn Oberstaatsanwalts; Herrn Kriminalkommissar Groß scheint — nach dem Eindruck des Erstaunens, den die Letztere derselben auf ihn macht — die Verfügung noch nicht bekannt zu sein, er nimmt dieselbe an sich, entfernt sich auf ca. 10—15 Minuten und kommt dann mit dem Bescheide zurück: die Bücher befänden sich bei der Staatsanwaltschaft; über die Freigabe müsse erst das Amtsgericht entscheiden. Als der Vertreter der Buchhandlung dem widersprach, glaubte er bei seiner Meinung bleiben zu müssen.

Welche Widersprüche!

Der Oberstaatsanwalt sendet die Beschwerde gegen die Beschlagnahme mit den Akten sofort an den Herrn Polizeipräsidenten zur Freigabe und hält die Beschwerde dann mit der Freigabe der Geschäftsbücher für erledigt. Er hat die Geschäftsbücher jedenfalls nicht, sonst würde er sie gleichzeitig mit seiner Verfügung übersandt haben; er hat auch die Akten nicht mehr im Besitz, weil er sie an den Polizeipräsidenten „zur Freigabe“ über die Beschwerde zurücksendet; die Akten sind aber am Montagvormittag noch auf dem Polizeipräsidium, denn der Herr Kriminalkommissar Groß erklärt auf die Frage des Genossen Fischer, sie würden sofort durch eignen Boten nach Moabit an die Staatsanwaltschaft geschickt werden, worauf Fischer auf die Einreichung einer Beschwerde wegen Nichtüberlieferung der Akten verzichtet. Wenn die Akten aber am Montagvormittag noch auf dem Polizeipräsidium sind, wie erklärt sich dann, daß die Geschäftsbücher, die doch am Sonnabendabend noch nicht in Moabit gewesen zu sein scheinen, schon in Moabit waren? Und wenn sie schon am Montagvormittag in Moabit bei der Staatsanwaltschaft waren, wie erklärt sich dann, daß entgegen der Verfügung des Herrn Oberstaatsanwalts vom Sonnabend, die Geschäftsbücher am Montag immer noch beschlagnahmt, aber immer noch nicht wieder dem Eigentümer zurückgegeben, noch innerhalb drei Tagen nach § 98 die Bestätigung der Beschlagnahme nachsucht, noch nach § 110 Abs. 2 der Strafprozessordnung dem zuständigen Richter abgeliefert sind?

Bis Montagabend 7 Uhr hat die Buchhandlung Vorwärts — trotz der Verfügung des Oberstaatsanwalts — die ohne richterlichen Befehl, ohne staatsanwaltschaftlichen Auftrag beschlagnahmten Geschäftsbücher nicht zurückgehalten!

Wie erklären sich alle diese mit den Vorschriften der Strafprozessordnung unvereinbaren Widersprüche?

Zu welchem Zwecke sind die für den eingeleiteten Strafprozess belanglosen Geschäftsbücher 5 Tage lang vom Polizeipräsidium zurückgehalten worden oder wo waren sie so lange?

Diese Frage werden die Beschwerdeführer wahrscheinlich auch noch am andern Orte stellen!

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gewerkschaften!

Nach dem einstimmigen Beschluß der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission vom 19. Dezember soll am Sonntag, den 2. Februar 1902 eine Arbeitslosen-Zählung von Haus zu Haus über Groß-Berlin stattfinden. Wir erlauben daher alle Gewerkschaften, umgehend Versammlungen einzuberufen, damit die dazu benötigten Kräfte gewonnen werden. Am Donnerstag, den 16. Januar, findet die Fortsetzung der Delegiertenversammlung statt, in welcher über die Art und Einteilung der Zählung weiter verhandelt wird. Des ferneren machen wir rechtzeitig darauf aufmerksam, daß am 26. Januar und 2. Februar vormittags möglichst keine Versammlungen abgehalten werden.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß am Dienstag, den 24. und Freitag, den 27. Dezember das Bureau des Nachmittags geschlossen ist; an sonstigen Tagen wird daselbst vormittags 9—1 und nachmittags 6—8 Uhr unentgeltlich Auskunft gegeben über gewerbliche Fragen, desgleichen über Vorkommnisse in der Unfall-, Alters- und Invaliditäts- sowie Krankenversicherung und Gewerbeinspektion usw.

Der Ausschuß der Gewerkschafts-Kommission, Engel-Hfer 15.

Deutsches Reich.

Der Centralverband deutscher Bäckergehilfen hat beschlossen, an allen seinen Zahlstellen, soweit die Fonds reichen, den arbeitslosen Mitgliedern eine Weihnachtshilfe von fünf Mark auszugeben.

**Achtung, Textilarbeiter!** Um Arbeitsnachweis in Forst in der Lausitz werden durch Anzeigen in der Provinzpresse Weber und Weberinnen gesucht. Da bei der jetzigen Konjunktur die Frage von der Hand zu weisen ist, ob dort Mangel an Arbeitskräften sei, werden alle Textilarbeiter gut thun, vor der Annahme von Arbeit in Forst sich mit der dortigen Filiale des Textilarbeiter-Verbandes in Verbindung zu setzen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man in Forst irgend etwas gegen die Arbeiterchaft plant.

**Die Ausperrung der Arbeiter in den mechanischen Weberelen in Meerane** ist durch Vergleich zwischen dem Verband der vereinigten Fabrikanten und dem Vorsitzenden des Textilarbeiter-Verbandes mit den Fabrikvertrauensleuten beendet. Die Vermittelung hatten der Stadtrat Dr. Claus in Meerane und der Gewerbe-Inspektor aus Jznikau übernommen. Der Grund der Ausperrung war, daß in einem Betriebe (Fock u. Baum) die Arbeiter nicht bis 7 Uhr arbeiten wollten; seit 7 Monaten wurde in diesem Betriebe nur bis 6 Uhr gearbeitet. Folgender Vergleich wurde beiderseits angenommen: 1. Die bisher bestehenden Arbeitsordnungen werden von den Arbeitern anerkannt. 2. In den Betrieben, wo bisher bis 6 Uhr gearbeitet wurde, wird auch weiter bis 6 Uhr gearbeitet; in denjenigen Betrieben, wo bisher bis 7 Uhr gearbeitet wurde, wird weiter bis 7 Uhr gearbeitet. 3. In dem Betriebe von Fock u. Baum wird bis 15. Januar 1902 bis 7 Uhr und von da ab bis 8 Uhr gearbeitet. Ferner wurde versprochen, daß in keinem Betriebe infolge dieser Ausperrungen Versärgelungen stattfinden.

## Gerichts-Beitrag.

**Ein Reinsfall der Kriegervereine.** Den klagenden Kriegervereinen ist das Weihnachtsfest verdorben worden. In der Anklagesache des Schriftstellers Leuz und des Redakteurs Ludwig, die sich durch einen in der „Welt am Montag“ erschienenen Artikel einer Beleidigung der Kriegervereine schuldig gemacht haben sollten, wurde gestern das Urteil verkündet. Der Gerichtshof hat auf Freisprechung der beiden Angeklagten erkannt. Der Straf Antrag war von einer kleineren Anzahl von Personen, die Mitglieder von Kriegervereinen sind, gestellt worden. Der Gerichtshof ist davon ausgegangen, daß die Kriegervereine nicht zu den in den §§ 190 und 197 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Personen-Einheiten gehören, für welche amtliche Vorgehens den Strafantrag stellen könnten, andererseits habe der Gerichtshof keinen Zweifel darüber gehabt, daß der Zweck des Artikels dahin gegangen sei, vermeintliche Mißstände im Kreise der deutschen Kriegervereine zu besprechen, nicht aber, jedes einzelnen der vielen Tausenden von Mitgliedern der Kriegervereine, die den verschiedensten Gesellschaftsklassen und Berufsständen angehören, zu beleidigen. Der Gerichtshof hat deshalb auf Freisprechung erkannt.

**Ueber den Begriff des in Berliner Volkommune üblichen Ausdrucks „Neppen“** entwickelte sich gestern vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I eine längere Erörterung. Am 17. August d. J. hatte eine größere Menschenmenge auf der Treppe Aufstellung genommen, die zur Bahnhofsallee des Schlesischen Bahnhofes führt. Sie erwartete dort das Einlaufen des aus Ostpreußen einlaufenden Zuges. Unter den Wartenden befand sich auch der Schlächtermeister Gustav Hein. Der Bahnhofs-Schaffner Rastorowicz befahl der Menge, sich hinter zu begeben, da der Verkehr auf der Treppe ungesichert bleiben müsse. Einer Frau, die neben Hein stand, erklärte er dabei, daß sie sich ja eine Bahnscheibe für 10 Pf. lösen könne, dann habe sie auch zum Bahnschiff Zutritt. Hein hörte diese Äußerung und versetzte sich dann zu der Bemerkung: „Er will uns um 10 Pfennige neppen. Wenn andere Leute neppen, werden sie bestraft, aber er darf es thun.“ Der Bahnschaffner veranlaßte die Feststellung des Unvorsichtigen und seine Behörde stellte gegen denselben Strafantrag wegen Beleidigung. Vor dem Schöffengericht verurteilte der Angeklagte, daß ihm jede beleidigende Absicht fern gelegen habe. Er verstehe unter „neppen“, daß jemand von einem andern zu einer unnötigen Geldausgabe veranlaßt werden sollte und das habe der Schaffner gethan. Das Schöffengericht fällt auch ein freisprechendes Urteil. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und beantragte im gestrigen Termine 15 M. Geldstrafe. Mit der Begehung „neppen“ sei stets der Begriff des Betruges verbunden, wie man ja auch von Ring- und Weinwandneppern spreche. Unter allen Umständen sei der Ausdruck beleidigend. Der Gerichtshof erkannte dies an, kam aber dennoch wieder zu einem freisprechenden Urteil, da dem Angeklagten bei seinem Bildungsgrade jedenfalls nicht die beleidigende Natur des von ihm gebrauchten Ausdrucks bewußt gewesen sei.

**Bureauvorsteher Schülke freigesprochen.** Der vor dem Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte Prozeß gegen den Bureauvorsteher und Hauseigentümer Ernst Schülke, Gleditschstraße 39, wegen Meineids in fünf Fällen und einer schweren Urkundenfälschung, über dessen Beginn wir berichtet haben, stellte die Geschworenen vor eine überaus anstrengende Aufgabe. Die Verhandlung füllte fünf Sitzungstage aus und die Geschworenen hatten täglich viele Stunden hindurch ihre volle Aufmerksamkeit den verwidelten Rechtsgeheimnissen zu schenken, die da zerlegt werden mußten, oder sie mußten die eintönige Verlesung umfangreicher Schriftstücke über sich ergehen lassen. Sonnabendnacht war die Verhandlung endlich spruchreif. Der Staatsanwalt hatte in einem längeren Plaidoyer die Schuld des Angeklagten in vier Fällen nachzuweisen versucht, während die Verteidiger die Freisprechung des Angeklagten forderten. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, worauf die Freisprechung Schülkes erfolgte. Der Freigesprochene wurde sofort aus der Haft entlassen.

Herr Schülke befand sich seit dem 14. April d. J. in Untersuchungshaft.

## Versammlungen.

**Eine von etwa 1000 Personen besuchte Polinnen-Versammlung,** die erste in Berlin, nahm am Sonntag zur Breschener Angelegenheit Stellung. Die Reserentin Frau Polakki schilderte eingehend die Protestbewegung, welche der Breschener Fall überall wo Polen leben hervorgerufen hat. Sie feierte die Breschener Verurteilten als Helden und Märtyrer und meinte, alle germanisatorischen Bestrebungen der Regierung würden am Widerstande der polnischen Mütter scheitern. Niemals werden die Deutschen es erlauben, daß polnische Frauen ihre Kinder deutsch belehren. Die Ausführungen der meisten Rednerinnen, unter denen sich auch viele mit deutschen Namen, wie Fischer, Feldmann, Zimmermann, Seydlich, befanden, gipfelten in der Aufforderung, an der polnischen Erziehung der Kinder festzuhalten. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß polnische Soldaten zu Tausenden für Deutschland ihr Blut vergossen hätten. Falls aber die Rechte der Polen von den Herrschenden mit Füßen getreten würden, löse man von ihnen keine Unterthanentreue erwarten. Großen Beifall fand ein polnisches Fräulein, welche ihre Landsmänninnen davon warnte, deutsche Männer zu heiraten. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die versammelten Polinnen sprechen den Breschener Verurteilten ihr Mitgefühl aus und protestieren gegen ein System, welches den Stolz als Lehrmittel betrachtet. Sie senden den Breschener Mütter ihre Anerkennung für die polnisch-religiöse Erziehung ihrer Kinder und verpflichten sich gleich ihnen, mit allen Kräften die nationalen Rechte zu verteidigen und für die Erziehung der Jugend zu polnischen Patrioten zu sorgen.“

## Zum Eisenbahn-Unglück bei Altenbeken

wird aus Paderborn, 22. Dezember, amtlich gemeldet: Die Aufräumungsarbeiten an der Unfallstelle bei Altenbeken sind beendet; der Personen- und Güterverkehr wird noch

heute abend nach und nach wieder aufgenommen. Im ganzen haben sich zwölf Tote gefunden, welche bis auf zwei männliche und eine Kinderleiche rekonstruiert sind. Es sind dies: Pihan aus Berlin, Student Weiß aus Bartenstein, Bergingenieur Zimmermann aus Halle a. S., Waldowitsch aus Schlesisch, Schüler Schreiner aus Paderborn, Ingenieur Kohlschammer aus Hagen, Kaufmann Max Jacobsohn aus Berlin, Frau E. Fritsch aus Meiden bei Guben, Frau Dr. August Müller aus Berlin. Schwerverletzt sind neun Reisende: Jacobsohn, Reisender aus Berlin, Tapezierer May und Wehner, beide aus Berlin, Student Hempel aus Dresden, Fabrikant Ribensronk aus Hagen, Student Gerhardt aus Dresden, Fauerbach aus Köln und Ledwitsch aus Berlin. Sämtliche Schwerverletzten befinden sich in den Paderborner Hospitälern. Außer dem zwölf Reisende und sechs Eisenbahnbeamte leicht verletzt. Die in einigen Zeitungen gebrachte Nachricht, daß das Gas des zerstückelten Wagens sich entzündet habe und Menschen lebendig verbrannt seien, ist unrichtig. Das Gas hat sich nicht entzündet, wohl aber sind durch glühende Kohlen der in den letzten Wagen des D-Zuges eingebrungenen Lokomotive Holzreste in Brand gesetzt und einige unter der Lokomotive liegende Leichen beschädigt.

Nachträglich ist noch einer der Toten als der Tapezierer Baldeemar Andel aus Berlin festgestellt worden.

Die verunglückte Frau Dr. Müller ist die Gattin des Direktors des hiesigen naturhistorischen Instituts Dr. August Müller, Berstr. 2, die mit ihrer Schwester, Frau Outsoffiger Paula Fritsch aus Meiden bei Guben in Schlesien sich auf der Reise von Hagen nach Berlin befand und den Unglückszug benutzte. Die Leichen der beiden Damen lagen tief unter den Trümmern begraben und konnten erst spät gefunden und identifiziert werden.

Der bei dem Zusammenstoß getötete Berliner Kaufmann Ernst Pihan war Mitinhaber der Agenturfirma Wäsche u. Pihan, Drebbenerstraße 88/89, und hinterläßt eine Frau und zwei Kinder (Knabe und Mädchen). P., der in der Sebastianstraße 85 wohnte, war für seine Firma viel außerhalb und hatte jetzt eine Geschäftseröffnung nach dem Rheinland und Westfalen unternommen, um die dortige Kundhaft zu besuchen. Nach Beendigung seiner Tour trat er am Donnerstag die Rückreise an, um die Feiertage in Berlin im Kreise der Seinigen, mit denen er im besten Einvernehmen lebte, zu verbringen.

Die Schuld wird, wie das ja früher auch in ähnlichen Fällen geschah, jetzt untergeordneten Angestellten zugeworfen.

Der Blockwärter in Reimburg, so heißt es, dem die Rückmeldung für den bei ihm durchgefahrenen D-Zug zu lange ausblieb und der glaubte, daß der Blockwärter in Schierenberg die Bedienung des Blockwerks vergessen hätte, erinnerte diesen an die Blockbedienung durch Beder und Morfschreiber. Der Blockwärter in Schierenberg beachtete die für Sicherung derzüge bestehende einfache und klare Vorschrift, wonach die Entblockung des vorher liegenden Blocksignals erst nach Vorbeifahrt des Zuges erfolgen darf, nicht, er ging vielmehr unbegreiflicherweise ohne weiteres auf die Aufforderung ein, stellte das für den vorschriftsmäßig abgeläuteten und vorgemeldeten D-Zug bereits gezogene Blocksignal auf Halt und bediente den Block. Hierdurch wurde das Blocksignal in Reimburg entblockt und dadurch der dortige Wärter in die Lage versetzt, das nunmehr festbar gewordenen Signal für den nachfolgenden Personenzug 300 zu ziehen.

Da auch der Zugführer des D-Zuges entgegen seiner Dienstweisung veräuert hatte, den haltenden Zug von hinten zu beden, so fuhr der mit zwei Lokomotiven bespannte Personenzug bei dichtem Nebel, der nur auf etwa 50 Meter die Aussicht zuließ, auf die Druckmaschine des D-Zuges, die wegen der zwischen Paderborn und Altenbeken befindlichen starken Bahnsteigung notwendig ist. Die Druckmaschine hob sich bei dem gewaltigen Stoß, den sie durch den in voller Fahrt begriffenen, von zwei Maschinen geführten Personenzug erhielt, hoch und schob sich vollständig in den letzten Wagen dritter Klasse des D-Zuges, so daß sie sich mit ihrer ganzen Länge, einschließlich des Tendlers, im Wagen befand und ihre Räder auf dessen Untergestell standen, wobei die Seitenwände des Wagens, wenn auch etwas nach außen gedrückt, stehen blieben.

Man thut belanlich gut daran, derartige Uebelungen der „Schuldfrage“ mit großer Vorsicht zu behandeln. Es fehlt nicht an Stimmen, welche als den eigentlich Schuldigen auch hier den bekannten Fiskalismus betrachten, der in der Arbeiterunterstützung seine Hauptaufgabe sieht.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Boerenkrieg.

**London, 23. Dezember.** (W. T. W.) Lord Kitchener meldet vom 21. d. M. aus Johannesburg: De Wet griff mit etwa 800 Mann am 18. d. M. General Dartuelt bei Landberg im Westlichen-Distrikt an; der Feind kam bis auf 150 Yards heran, wurde aber nach mehrstündigem Kampfe zurückgetrieben; er verlor etwa 20 Mann; auf unserer Seite wurde ein Mann getötet, zwei Offiziere und zehn Mann wurden verwundet. General Spens berichtet: 300 Mann berittene Infanterie die in getrennten Abteilungen Farmen im Eggenbergs-Distrikt in Transvaal abhatten, wurden von 300 Boeren und 40 bewaffneten Eingeborenen unter Brig angegriffen; ein Teil wurde überwältigt, ehe General Spens ihnen Beistand leisten konnte. Die Verluste sind schwer, Einzelheiten fehlen noch; zwei Offiziere sind schwer verwundet. In der Orange-Kolonie erreichten die Obersten Damant und Amington, die parallel marschierten, Tafelkop. Bei Tagesanbruch am 20. d. M. überfielen plötzlich 300 Boeren unter M. Voets Damant's Vorposten und besetzten trotz tapferen Widerstandes ein Kopje, welches die Hauptmacht und die Geschütze beherrschte. Sie hielten den Punkt jedoch nur kurze Zeit besetzt; Damant vertrieb sie aus der Stellung, bevor Amington hinkam; die Verluste sind jedoch schwer. Damant ist schwer verwundet, zwei Offiziere und 20 Mann sind tot, drei Offiziere und 17 Mann verwundet. Amington nahm die Verfolgung der Boeren mit Kadbrud auf und trieb sie über den Wilge-Fluß. Die Boeren ließen 6 Tote zurück. Amington nahm den Kommandanten Rehler und 4 Mann gefangen. Später kam ein Boer unter dem Schutz der Parlamentarierfrage und bat um die Erlaubnis, die Toten mitzunehmen; dies wurde gestattet.

**Graz, 23. Dezember.** (W. T. W.) Letzte nacht stieß in der Nähe der Station Gosting ein Personenzug mit einem Lastzug zusammen. Drei Waggons des Personenzuges und neun des Lastzuges wurden beschädigt. Ernstliche Verletzungen erlitt nur der Lokomotivführer des Personenzuges.

**Chartres, 23. Dezember.** (W. T. W.) Der Landwirt Briere, der im April d. J. in Chartres seine fünf Kinder ermordet hat, ist heute nach achtjähriger Verhandlung zum Tode verurteilt worden.

**Mailand, 23. Dezember.** (W. T. W.) Die Angestellten der staatlichen Tabakmanufaktur drohen mit dem Ausstand, wenn nicht sofort Gesundheitsmaßregeln getroffen würden. Vergangenen Sonnabend haben 23 Cigarettenarbeiterinnen durch Aisfordampfe Vergiftungsanfalle bekommen; es gelang nur mit größter Mühe, sie ins Leben zurückzurufen. Die Arbeiter verlangen sofortige Abstellung dieser Zustände.

**Birmingham, 23. Dezember.** (W. T. W.) Die liberale Vereinigung hat beschlossen, verschiedene Blätter und Periodika zu belangen. Die Ursache hierzu hat das längste Meeting des liberalen Abgeordneten Lloyd Georges gegeben. In dem Saale, wo das Meeting abgehalten wurde, sind sämtliche Fenster eingeworfen. Dreißig Arbeiter sind seit vier Tagen mit dem Einlegen der Scheiben beschäftigt. Zwei Polizeigendarmen, die bei den Tumulten verwundet wurden, schweben noch immer in Lebensgefahr.



**Lokales.**

**Was das Weihnachtsfest den Kindern bedeutet.**

Das haben in den Wochen vor Weihnachten die bürgerlichen Blätter in gemütvollen Betrachtungen aller Art mit bequäglich Breite geschildert. In einem zeitgemäß-fählichen Tone, der echt weihnachtlich wie ein Gemisch aus Hönigstüben und Marzipan anmutete, wurde da zur Erbauung der Leser erzählt, wie das nah und näher kommende Fest frohe Erwartung in den Herzen der Kinder aufsteigen läßt, wie die Annalen und die Mädchen sich vor den bunten Schaufenstern der Spielwarenläden drängen und mit schuldigen Blick ihre Auswahl treffen, wie dann die Kleinen mit ungelanter Hand den endlos langen Wunschzettel für den lieben guten Weihnachtsmann zum erstenmale selber schreiben, die Größeren dagegen allflug bereits mit einander streiten, ob es heutzutage überhaupt noch einen Weihnachtsmann giebt, und so weiter.

Wer in den letzten Wochen und Tagen, und zumal am letzten Sonntag, dem „goldenen“, durch die Straßen ging, der konnte sich wieder einmal davon überzeugen, was Weihnachten, das „Fest der Kinder“, den Kindern der Armen bedeutet.

Durch die Hauptstraßen der Geschäftsviertel flutete am „goldenen Sonntag“ ein unaufhörlicher Strom von Menschen, die freilich mehr durch Schau als durch Kauflust hinausgedrängt zu sein schienen. In gewaltiger Höhe schwoh in den Abendstunden der Verkehr besonders in der Leipzigerstraße an. Hier herrschte ein lärmendes Gewühl, wie einst auf dem Weihnachtsmarkt, als er noch im Lustgarten und auf dem Schloßplatz heimatsberechtigt war. An den Altberliner Weihnachtsmarkt erinnerte auch das Heer der fliegenden Händler, die die Vordrängler säumten oder in den Thürnissen der Häuser Posto gefast hatten und mit längst heiser geschriener Stimme ihren Weihnachtskram anpriesen.

Unter diesen Händlern war diesmal eine geradezu erschreckend große Menge von Kindern — von Kindern jeglichen Alters, anfangend von den eben der Schule entwachsenen Jungen und Mädchen und hinabgehend bis zu den ganz Kleinen, die offenbar noch nicht einmal schulpflichtig waren. Ueber die ganze Leipzigerstraße vom Spittelmarkt bis zum Leipziger Platz drüfte am Sonntag ein halbes Tausend handelstreibender Kinder verteilt gewesen sein. Auf der Straße zwischen Spittelmarkt und Dönhofsplatz standen sie am nördlichen Bürgersteig fast Schulter an Schulter und schrien um die Wette in die vorüberziehende, sich nur langsam vorwärtsbewegende Menschenmenge hinein.

In der Nähe der Spittelkolonnen kam der Zug von Zeit zu Zeit ins Stocken. Hier stand ein ganz kleiner Junge, der kaum das vierte Lebensjahr hinter sich haben konnte. Ohne Unterlaß das Aermchen schwingend, ließ er an blecherner Röhre ein zierliches Mädchen hinauf- und hinabspazieren und plapperte dazu mit stotternder Stimme ein Sprüchlein, das der Straßenlärm verdrängte. „Ach, wie süß! Der reizende kleine Kerl!“ riefen die Damen, vor dem Anblick Halt machend und ihn umringend. Ein patronisierender Polizeibeamter ernährte sie: „Bitte, meine Herrschaften, bleiben Sie nicht stehen, wenn Sie nichts kaufen wollen.“ Und der Zug setzte sich wieder in Bewegung.

Der „reizende, kleine Kerl!“ Was kann wohl diesem Kinde das Weihnachtsfest bedeuten? Was all den Tausenden von Kindern, die in den letzten Wochen und Tagen bis in den späten Abend hinein stehend auf der Straße gestanden und mit Weihnachtsartikeln gehandelt haben? Die Kinder wissen noch nichts von den Sorgen der Eltern — so schrieb in einer vorweihnachtlichen Plauderei ein die Interessen der Junferleute vertretendes, für den Lebensmittelmacher kämpfendes Blatt — sie genießen noch die volle, ungeschmälerte Vorfreude auf das Weihnachtsfest. Wer auf die handelstreibenden Kinder blickte, wer vielleicht sogar selber — arbeits- und erwerbslos geworden — seine Kinder zum Weihnachtshandel mit auf die Straße nehmen mußte, auf den konnten die gemütvollen Betrachtungen solcher und ähnlicher Blätter nur wie eine rohe Verhöhnung des Glücks wirken.

**Die juristische Sprechstunde fällt heute aus.**

Die Parteigenossen des vierten Wahlkreises Südost versammeln am Donnerstag, 2. Feiertag, im Lokal Sanssouci, Kottbuserstr. 4a, eine Matinee, deren interessantes Programm den Besuch überaus lohnend erscheinen läßt. Auf zahlreiche Beteiligung der Parteigenossen und Genossinnen rechnet

Das Komitee.

**Vom Fleischwucher. Eine Korrespondenz meldet:**

Der Fleischhandel, besonders der Großhandel mit Schweinen befindet sich augenblicklich in einer schwierigen Lage. Mehr als 2/3 angesehener Händler haben in letzter Zeit ihre Zahlungen einstellen müssen, was darauf zurückzuführen ist, daß die Preise für lebende Schweine im ununterbrochenen Sinken sind, der Umsatz immer geringer wird, die Speise im Verhältnis zum Umsatz größer werden und der Verdienst, weil die Absatzschwierigkeit die hohen Preise nicht bewilligen wollen und können, abnimmt. Im Mai 1900 betrug der Preis für Schweinefleisch nach dem amtlichen Marktbericht über den Großhandel in den hiesigen Central-Markthallen 41/2 M., im Dezember 1900 schon 39/2 M., und im Februar dieses Jahres schon 35 M., Seitdem ist der Preis andauernd gefallen und die Zufuhren sind ebenso andauernd gefallen. Auf dem hiesigen Schlachthofe sind bis jetzt in diesem Monat schon rund 15 000 Stück Schweine weniger geschlachtet als im vorigen Jahre. Im Monat November betrug das Risiko 14 000 Stück Schweine, d. h. ein Fünftel weniger als im November 1900. Inzwischen ist der Preis des Schweinefleisches schon auf 63 M. gestiegen, d. h. er ist heute um 50 Prozent höher als im Mai und Juni vorigen Jahres und um 33/4 Prozent höher als der Durchschnittspreis des Jahres 1899, wo der Jahresdurchschnittspreis 45,8 M. war. Diese Steigerung hat natürlich auch die übrigen Fleischpreise mehr oder weniger beeinflusst. Kalbfleisch, das im April 1900 noch mit 44,5 zu haben war, kostete im Januar d. J. schon 60 M. Auch der Preis für Hammelfleisch ist höher als in den Jahren 97, 98 und 99, wo die Durchschnittspreise sich zwischen 45,8 und 47,7 M. bewegten. Nur Rindfleisch ist wenig gestiegen. Es kostete im Jahre 1897 im Durchschnitt 66,8 M., 1898: 57,8 M. und im vorigen und in diesem Jahre 59—60 M. Diese Preissteigerung ist eine Folge des Reichfleischbeschuges vom 3./6. 1900, wonach frisches Fleisch nur unter ganz bestimmten Bedingungen eingeführt werden darf und die Einfuhr von Fleisch in Käufen, von Wurst usw. gänzlich verboten ist.

Der goldene Sonntag brachte den Geschäftslenten eine nicht unbedeutende Einnahme, wenn auch die an diesen Tag gestellten Erwartungen nicht voll befriedigt wurden. Das günstige Wetter am frühen Nachmittag lockte eine ungeheure Menschenmenge ins Freie und in dichten Scharen zogen die Pfaffen durch die Hauptstraßen der Leipzigerstraße zu, wo ein bedeutendes Schumanns-Aufgebot nur mühsam einen geordneten Verkehr aufrecht erhalten konnte. Aber nicht nur hier, sondern vor allen größeren Geschäftshäusern waren Doppel-Schumannsposten aufgestellt, um allzu große Anstimmungen vor den Schaufenstern und den Eingängen zu verhindern. Auch der später eintretende leichte Regen konnte diesem

regen Verkehr keinen Abbruch thun. Gekauft wurde zwar ziemlich viel, jedoch nur Kleinigkeiten, während bessere und teurere Gegenstände nur wenig gefordert wurden. Im großen und ganzen blieben die Einnahmen nicht unerheblich gegen das Vorjahr zurück.

Am letzten Sonntag fielen der Polizei 27 Taschendiebe in die Hände, unter denen sich zwei noch schulpflichtige Kinder befanden. Auch die Zahl der abgefassten Ladendiebe war recht beträchtlich. Die Festgenommenen waren jedoch fast sämtlich Gelegenheits-Spitzbuben und nur drei der Festgenommenen wurden als gewerbemäßige Diebe in Untersuchungshaft genommen, während die übrigen nach Feststellung ihrer Personalkarten wieder entlassen wurden. Die meisten Verhaftungen fanden in der Leipzigerstraße statt, doch wurden auch in der Rosenhale-, Landsberger-, Chaussee-, Oranienburger- und Bellealliancestraße eine größere Anzahl von Taschen- und Ladendieben abgefaßt.

**Johannes Gutzeit.** In Detmold ist Johannes Gutzeit in bedrängten Verhältnissen verstorben. Gutzeit hatte als junger Mann die Offizierslaufbahn eingeschlagen, gelangte aber bald zur Wehre von den Anschauungen, in denen er erzogen war, und entwickelte sich zu jenem selbständigen Eigenbrödlerr, der besonders um die Wende der 90er häufig von sich sprechen machte. Der „Vorwärts“ ist in eigener Weise mit dem Verstorbenen verknüpft gewesen; als der Vorgänger des „Vorwärts“, das „Volksblatt“ im Jahre 1894 begründet wurde und es schwer war, einen verantwortlichen Redakteur zu finden, da war Gutzeit bereit, dieses Amt zu führen. Aber nur wenige Monate dauerte dieses Verhältnis. Gutzeit konnte sich keinem Parteiorganismus eingliedern, er wurde ein Kleinstehender, der für Vegetarianismus und Reformtracht als Wanderprediger zu wirken versuchte. Sie und da verfolgte ihn kleinliche Polizeimeister, die an seiner Toga ähnlichen Kleidung Anstoß nahmen. Doch auch dieser Verfolgungen beizutreten ihm nicht in der Vertretung seiner Ideale, die er auf der Reiterseite seiner Flugblätter durch ein zerbrochenes Schwert und die Frucht des Apfelbaums zu symbolisieren pflegte.

**Laß Deine Luke nicht wissen, was die Rechte thut.** In dem Jahresbericht des Magistrats über die Steuer-Stiftung (Nicht für Kaufleute) lesen wir: „Als Erster spendete der Kaufmann Moritz Rauhmeier, Margartenstr. 6a, der der Steuer-Stiftung bereits früher Zuwendungen von 5000 und 10 000 M. gemacht hatte, aus Anlaß der am 16. Mai 1900 gefeierten silbernen Hochzeit des Stadtverordneten Leopold Jacobi und seiner Gemahlin ein weiteres Kapital von 16 000 Mark in dreiprozentigen preussischen Konfols zur Begründung einer neuen Stillschleife. An diese Zuwendung wurde die Bedingung geknüpft, daß diese Stelle durch Anbringung einer Gedenktafel mit der Aufschrift: „Leopold und Cäcilie Jacobi-Stiftung 16. 5. 1900“, über der Thür des betreffenden Stützpunktes zu bezeichnen, auch bei Verlegung der Stelle dem Stadtverordneten Leopold Jacobi und dessen Ehefrau auf Lebenszeit das Vorkaufsrecht einzuräumen sei. Diese Bedingung wurde gern (angenommen. Nachdem durch königlichen Erlass vom 19. Septbr. 1900 die landesherrliche Genehmigung zur Annahme der Zuwendung erteilt worden war, wurde die Stelle eingerichtet und nach dem Vorschlage des Jacobischen Ehepaares besetzt. Wenn man Herrn Jacobi noch nicht kennt, so würde man ihn nach diesem ausdringlichen Ausdruck Mannheimerischer Wohlthätigkeit einschätzen lernen.“

Die Centrale für Milchverwertung hat es mit der den agrarischen Verordnungen sonst nachstehenden Presse infolge der in ihren Verhältnissen betriebenen Mittelstands-Politik gänzlich verdrängt. „Germania“ und „Staatsbürger-Zeitung“ bringen folgende Mitteilung: Die Centrale für Milchverwertung sucht neuerdings durch „Schlenderfontänen“ sich einen größeren Kundenkreis zu verschaffen. Wie wir bereits mitteilten, wird jetzt in den Läden der Centrale auch Seltenerer verkauft, welches bisher stets mit zehn Pfennigen pro Pfunde gehandelt wurde. Es war dies der einzige Artikel, an welchem Kaufleute einen größeren Gewinn erzielten, der ihnen unangeht zu können war, als die täglichen Einnahmen für Seltenerer für die einzelnen Geschäfte nur minimale sind. Die Centrale für Milchverwertung macht nunmehr durch Ausschlag in ihren Läden bekannt, daß sie eine kleine Menge Seltenerer für fünf, eine große für zehn und drei große für 25 Pfennige abgibt. Die Verträge der Centrale, nach den Mustern der Warenhäuser kundschäftig zu gewinnen, sind natürlich nur geeignet, die Milchmilkung des Individuums gegen die Genossenschaftsgesellschaft zu erhöhen und auch noch die bisherigen Kunden zurückzuführen.“

**Unter der Fuchtel der Handwerker.** Der erste Antrag zur vorjährigen „Schwarzen Liste“ des Bundes der Berliner Handwerker-Vereine gegen schlechte Mieter ist jetzt erschienen; er enthält 820 Kennzeichnungen. Die gesamte Liste vom Dezember 1900 enthält 4257 Namen oder 4492 Kennzeichnungen, in Summa also 5076 Namen und 5312 Kennzeichnungen. Zu streichen waren im ganzen nur 4 Mieter, weil sie ihren Verpflichtungen nachträglich nachgekommen sind. Von den zur Schwarzen Liste überhaupt Gemeldeten wurden 4890 je einmal, 304 je zweimal, 24 dreimal und 4 viermal gemeldet.

**Zum Zehner-Ladenschluß** wird uns geschrieben: Der Bund der Händler- und Gewerbetreibenden hat auf eine Anfrage des Polizeipräsidenten über die für das Jahr 1902 freizugebenden Ausnahmetage für die Ladenschlußstunde erwidert, daß die Wünsche der Interessenten je nach den von denselben geführten Waren auseinandergehen. Die Interessenten der Nahrung- und Genussmittelläden (Lebensmittel, Kolonialwaren, Cigarren usw.) einerseits sowie die Gruppe der mit andern Waren handelnden Ladenbesitzer haben in beiden das gemeinsame Interesse, daß die freizugebenden Tage einem System entsprechen, das sich leicht dem Gedächtnis einprägt, damit das Publikum in der Lage ist, sich diese Tage zu merken und zum Einkauf zu benutzen. Die bisher freizugegebenen Ausnahmetage lassen ein solches System zum Teil vermissen und daher sei das laufende Publikum nur schlecht über dieselben unterrichtet. Für die Gruppe der Geschäfte mit Nahrungsmitteln sei die Freigabe möglichst vieler Sonnabende, mit Ausnahme der Sommermonate, etwa vom 1. Oktober bis zum Pfingstsonnabend zu empfehlen, da Sonntags zwischen 8 und 9 Uhr abends meist ein so großer Andrang der Käufer in diesen Branchen erfolge, daß namentlich für kleine und mittlere Geschäfte die Ausdehnung der Verkaufszeit erwünscht sei; außerdem sei die Woche vor Weihnachten zu berücksichtigen.

Für die übrigen Verkaufsgeschäfte (Café, Mode-, Galanterie-, Kurzwaren, Ausstattungsgegenstände usw.) kommen die Wochen von Oheer, Pfingsten und Weihnachten (bei letzterem Fest 2 Wochen), sowie die Anfangswochen des April- und Oktober-Quartals in Betracht, da diese Wochen in den Hauptstädten für den Kleinhandel in diesen Artikeln liegen. Auch diese Einteilung habe für sich, daß das Publikum leicht über dieselbe durch öffentliche Bekanntmachungen wie durch private Ankündigungen der Geschäftsläden in Kenntnis zu setzen und solche dem Gedächtnis leicht einzuprägen sei.

Es muß den Inhabern von Ladengeschäften selbstverständlich unbenommen bleiben, gleich dem ebenfalls in Betracht kommenden Angehörigen zu möglichst günstiger Einteilung der jährlich zu gewährenden vierzig freien Tage entsprechende Vorschläge zu machen. Nur meinen wir die Beobachtung gemacht zu haben, daß, von einigen Tagen vor großen Festen abgesehen, das Publikum an manchen bis zehn Uhr freizugegebenen Abenden gar nicht darauf verfaßt ist, im letzten Augenblick einzukaufen.

Die städtischen Bureaus werden heute um 1 Uhr geschlossen, Stadtverordneten-Ausschüsse tagen in dieser Woche überhaupt nicht.

Die Stadtverordneten-Versammlung läßt in dieser Woche selbstverständlich aus, und die Magistrats-Sitzung ist vom Freitag auf Sonnabend verlegt worden. — Die nächste Stadtverordneten-Sitzung findet der bevorstehenden Festtage wegen am Donnerstag, den 2. Januar, statt. Sie wird, da der Stadtverordnete, Vizepräsident Dr. Langerhans sein Stellvertreter Stadtverordneter, Professor Rudolf Virchow zu den fünfzig neu einzuführenden Stadtverordneten gehören, von dem Stadtverordneten Sanitätsrat Dr. Neumann geleitet werden, der im Jahre 1899 mit dem Professor Virchow in die Stadtverordneten-Versammlung gewählt wurde.

**Einen der köstlichen Netzfische** leistet sich der Scherliche „Tag“ wieder in seiner neuesten Nummer. In Bremen ist ein Herr Pauli, bisher schon Mitglied eines hochwohlweisen Senats, zum Bürgermeister erklärt worden. Dies an sich wenig belangreiche Ereignis benutzt der „Tag“, um die neue Magistratskommission im Bilde zu feiern, wobei ihm das kleine Maßwerk unterläuft, daß er statt des Bürgermeisterbildes das des konservativen Reichstags-Abgeordneten Pauli bringt. In der Fügigkeit ist Herr Scherl, gleich dem Inspektor Krüger, den gewöhnlichen Sterblichen über; nur mit der Wichtigkeit will es immer noch nicht so recht gehen.

**Als Zeichen der Freundschaft, womit die Engländer allem alldeutschen Geschrei zum Trost sogar das deutsche Handwerk erfreuen,** ist gewiß die folgende Meldung des „Berl. Tagebl.“ aufzufassen: Die deutschen Stiefel erfreuen sich zwar eines guten Rufes, daß aber gerade ein englischer Aristokrat sich aus seiner Heimat bei einem Berliner Hofschuhmacher ein Paar Stiefel bestellte, dürfte immerhin zu den Seltenheiten gehören. Es hat damit allerdings eine besondere Bewandnis. Sir Arthur Wicars aus Dublin hat nämlich bei dem Schuhmachermesser Howe in Berlin in der Zimmerstraße ein Paar sogenannte Heroldstiefel in Bestellung gegeben, das heißt hohe, mit Schäften versehene Lederstiefel, wie sie die Herolde tragen müssen, die den Ritttern des Schwarzen Adlersordens bei der am 18. Januar im Schloß stattfindenden Ceremonie vorausgehen müssen. Die Stiefel kosten achtzig Mark; über den Zweck der Bestellung sind die verschiedensten Kombinationen im Schwange.

**Ein Eisenbahnunfall, bei dem drei Straßenarbeiter schwer verletzt wurden,** ereignete sich gestern, Montag, um 7 1/2 Uhr vormittags, im Vorortverkehr in der Nähe der Station General-Papestraße. Etwa 200 Meter hinter dieser Station von Berlin aus waren drei Leute eines Unternehmers Hagen, die Straßenarbeiter Sode aus der Forsterstraße, Albert Kroll aus der Steinbergstraße 53 und Karl Wente aus der Grobförchensstraße 28 seit 7 Uhr morgens mit Ausschüttungen für ein neues Geleise beschäftigt. Trotz des starken Nebels waren Leute, die sonst bei derartigen Arbeiten die Straßenarbeiter durch ein Horngeleise auf das Herannahen eines Zuges aufmerksam machen, nicht zur Stelle. Als nun um 7 1/2 Uhr ein Vorortzug vom Potsdamer Bahnhof herkam, nahmen die Arbeiter ihn nicht eher wahr, als bis er schon dicht bei ihnen war. Durch einen Seitenprall wichen sie ihm elend aus, gerieten aber dadurch unmittelbar vor einen andern Vorortzug, der auf dem Nebengeleise von Posten hergefahren kam. Nun gab es kein Ausweichen mehr, und ebensoviele war es noch möglich, den Zug zur rechten Zeit zum Stehen zu bringen. Soden geriet ganz unter die Maschine und erlitt außer einem Rinnbadaenbruch schwere innere Verletzungen. Er wurde beunruhigend unter der Maschine hervorgeholt und hatte bis Mittag das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt. Man weiß von ihm daher einwachen lediglich, daß er in der Forsterstraße wohnt. Kroll, ein Mann von 50 Jahren, der verheiratet ist und eine starke Familie hat, und Wente, der sich im Alter von 28 Jahren erst vor sechs Wochen verheiratete, wurden von der Maschine ungeschont und beiseite geschleudert. Jener erlitt einen Bedenbruch und starke Verletzungen am Kopf und an den Beinen, dieser einen Arm- und Beinbruch. Die Verunglückten wurden in dem Zuge nach der Station General-Papestraße gebracht und hier verbunden. Dann führte man sie mit der Bahn nach dem Anhalter Bahnhof über und von dort mit Wagen der Unfallstation I der Charité zu. Wer die Verantwortung für den Mangel an Sicherung der Leute und damit für den Unfall trägt, der wieder schweres Leid über drei Familien gebracht hat, sieht noch nicht fest.

**Bei einem Baumfall** ist obermals ein Menschenleben vernichtet worden. Auf dem Reuban an der Ecke der Grünauerstraße und des Kottbuser Meis, der von der Firma Thieme ausgeführt wird, steht auf dem eingedauten Hof ein Fabelstuhl zur Verbesserung des Baummaterials nach der Arbeitsstätte. Der Bau ist bis zur dritten Etage gediehen und der Fabelstuhl in dieser Höhe mit dem Bau durch sogenannte Weiseln verbunden, auf welchen das Material in auf Schienen laufenden Vorries weiter befördert wird. Auf einer dieser Weiseln arbeiteten am Montag früh 7 1/2 Uhr zwei Arbeiter, indem sie eine mit Wasser gefüllte Leuchte schoben. Der Wagen setzte hierbei aus und der 28-jährige Arbeiter Josef Kopyras, welcher wohl stehete, nach zu werden, trat zur Seite und stürzte in die Tiefe. Er war sofort tot. Festgestellt sei hier, daß zur Zeit des Unfalls an der Stelle, welche ca. 4 Meter lang ist, noch kein Geländer angebracht war. Es ist eine Verfassungsklage sondergleichen, daß auf einer derartigen schmalen Weiseln bei der früh 7 1/2 Uhr noch betriebsfähigen Dunkelheit ohne die geringste Beleuchtung und ohne Geländer gearbeitet werden mußte. So ist wieder ein blühendes Menschenleben durch mangelnde Schutzregeln zu Grunde gegangen. Wann endlich werden auch im Baugewerbe Maßregeln ergriffen werden, welche den Arbeiter vor Abstrich zu sichern im Stande sind?

**Aus Furcht vor dem Irrenhause** ist gestern Nachmittag die 29-jährige Näherin Gertrud Deuch auf einem Fenster ihrer Wohnung in der Pfingststr. 4 gesprungen. Seit einem Jahr wegen eines Nervenleidens in ärztlicher Behandlung, wurde die Kranke gestern nachmittag plötzlich sehr angekrat. Ein Arzt, der gerufen wurde, erkannte, daß bei der unglücklichen der Wahnsinn ausgebrochen war, und ordnete ihre Ueberführung in ein Irrenhaus an. Als bald darauf die Mutter und eine Schwester das Zimmer auf einen Augenblick verließen, riß die Kranke, die schon früher einmal einen Selbstmordversuch gemacht hatte, ein Fenster auf und sprang aus der im zweiten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße hinaus, wo sie schwer verletzt liegen blieb. Dem Tode nahe, wurde sie nach der Charité gebracht.

**Der Verein Berliner Presse** veranstaltet auch diesen Winter im Krätzelhanse eine Reihe Vorträge, deren erster am 9. Januar abends 8 Uhr nächsten Jahres gehalten wird. Das Programm dieses ersten Abends lautet: Emil Witz u. v. Schöndorf-Caroline, Hofleibschreiber in Holstein; „Licht“; Hofrat Dr. Johannes Postentat, Köln: „Der Humor in der spanischen Literatur“.

**Die Direktion Robert Sacht von Bellealliance-Theater** hat die für gestern angekündigte erste Vorstellung nicht abhalten können. Wie die Direktion uns mitteilt, ist die Künstlerin Rosa Marton plötzlich heiser geworden; daher der Ausfall der Premiere. Die „Dame aus Trouville“ soll nunmehr bestimmt am Mittwoch in die Erscheinung treten. Die bereits gekauften Billets können gegen solche zu morgen umgetauscht werden.

**Feuerbericht.** Ein größeres Schodenfeuer kam Sonntagabend kurz nach 8 Uhr in einer Kälbererei in der Kreuzbergstr. 7 zum Ausbruch. Die Feuerwehr hatte längere Zeit Wasser zu geben, und ist



ein größerer Posten Kuchholz eingediehert. Die Entstehungsurache ist nicht ermittelt. Am 10 Uhr wurde die Wehr nach der Königin Augustastr. 39 gerufen, wo sich in einem Keller Petroleum entzündet hatte. Die Gefahr konnte zwar in kurzer Zeit beseitigt werden, doch sind verschiedene Immobilien sowie der Fußboden vernichtet. Ein weiterer Kellerbrand brach Montag früh gegen 6 Uhr in der Kaiser Wilhelmstr. 10 ab. In kurzer Zeit brannte Brenzlauerstr. 18 Brennstoffmaterial. Alarmierungen nach Fernstr. 9, Urbanstr. 186 und Schulendorferstr. 23 betrafen Wohnungsbrände, die noch im Steine ersticht wurden. Außerdem waren noch Alarmierungen von Vorsicht. 10a und Chausseestr. 33 zu verzeichnen, bei denen es sich jedoch um unbedeutende Anlässe handelte.

### Aus den Nachbarorten.

**Aus Neu-Weißensee** schreibt man uns: Der Gemeinde-Vorstellung lag in ihrer letzten Sitzung eine Verfügung des Kreis-Ausschusses vor, nach welcher der Gemeinde aufgegeben wird, über die Verwendung der von der Regierung als Beihilfe zum Schulbau gewährten 50000 M. Beschluß zu fassen. Nach einer früheren Verfügung der Regierung dürfen zu Schulbauten Anleihen nicht mehr aufgenommen werden, sondern die Bildung von Schulbau-Fonds empfohlen. Ueber Bildung, Ausstattung und zinsbare Belegung solcherweise gebildeten Schulden-Fonds- und Schulbau-Fonds ist der Regierung Bericht zu erstatten. Die Vertretung beschloß, gemäß dieser Verfügung dem Schulden-Fonds 25 000 M. nebst den alljährlichen Zinsen, dem Schulbau-Fonds ebenfalls 25 000 M. Zinsen und die alljährlichen Ueberflüsse aus der Umlagesteuer, die in diesem Jahre 8000 M. betragen haben, zuzuführen.

Eine stundenlange Debatte entstand über die Bedingungen, zu welchen die Verpachtung des Pferdemarkt-Terrains vorgenommen werden soll. Die Ansichten playten hier heftig aufeinander. Während der Gemeindevorstand einfach, ohne die Vertretung zu befragen, die Ausschreibung zur Einreichung von Offerten zu den allen Bedingungen vorgenommen hat, wurde von unsrer

Seite, sekundiert durch bürgerliche Opposition, auf das unstatthafte Verhalten der Gemeindebehörde hingewiesen; hierbei wurde betont, daß die Anweisungen aus den Ueberflüssen der eingelegten Märkte, welche die Pächter früher allen möglichen Nebenfonds, wie für Weihnachtsbescherungen, für den Vaterländischen Frauenverein, Kirchenbau u., zugeführt haben, in Zukunft in die Gemeindefasse fließen müssen. Gemeindevorstandener Rothke nennt demgegenüber das Vorgehen der Opposition kleinlich, „eine Gemeinde dürfe es hier nicht so genau nehmen, er gönne jedem Unternehmer, daß dieser ein Geschäft mache“. Andre Vertreter ließen es sich nicht nehmen, diesen „Standpunkt“ festzuhalten. Schließlich wurde ein Antrag im Sinne der Opposition angenommen. Bei der hierauf erfolgten Oeffnung der eingegangenen Offerten wurde festgestellt, daß das niedrigste Gebot 12 500 M., das höchste Gebot 18 000 M. betrug.

Zu der folgenden geheimen Sitzung wurden 1200 Mark zu Weihnachts-Gratifikationen für die Gemeindebeamten und Arbeiter bewilligt.

### Vermischtes.

**Bestrafung.** Der „Hamburgische Korrespondent“ meldet: In Nord des der Levante-Linie gehörigen Dampfers „Chios“ wurde eine Ratte aufgefunden, die an Pest kreierte war. Der Dampfer wurde sofort isoliert, desinfiziert und unter Aufsicht des Sanitätsarztes gestellt. Personen sind nicht erkrankt.

**Erdbeben.** Aus Orenburg am Ural wird gemeldet: In dem Kolonisdorfe Andrawinskaja und in der Eisenhütte Nijas im Bezirk Troizk sind starke Erdschwingungen, die zwei Minuten dauerten, sowie unterirdisches Getöse beobachtet worden. Die Schwingungen waren so stark, daß in den Häusern die Gebrauchsgegenstände ins Wanken gerieten.

Von dem bekannten Tibet-Reisenden Sven Hedin hat der König von Schweden und Norwegen, wie aus Christiania

telegraphiert wird, die folgende, aus Kaschmir datierte Depesche erhalten: Unvorhergesehen wichtige Reise durch ganz Tibet; verkleidet als Pilger näherte ich mich der Stadt Lassa, wurde erkannt, gefangen, aber gut behandelt auf Befehl des Dalai-Lama. Neuer Versuch wurde von 500 tibetischen Soldaten zurückgewiesen. Ich machte sehr bedeutende Entdeckungen, verlor beinahe die ganze Karawane, rettete jedoch die Resultate der Expedition. Als ich britisches Gebiet erreichte, wurde ich mit großen Ehren und herzlichster Gastfreundschaft auf Befehl des Vicerois empfangen.

**Beim Auarhischenuchen.** Ueber den Sicherheitsdienst während der Anwesenheit des Kaisers in der Götche erzählt das „Bl. Kreisblatt“ unter anderem folgende Geschichte: In einer Wirtschaft lebte ein Fremder ein und erkundigte sich genau nach den Zugängen zum kaiserlichen Jagdrevier; das kam dem Wirt verdächtig vor, so daß er heimlich per Telephon den Gemeindevorsteher benachrichtigte. Inzwischen verließ der Fremde das Haus und ging ebenfalls zum Gemeindevorsteher, um sich dort als Geheimpolizist zu legitimieren und noch näher zu informieren. Der Amtsvorsteher leitete ihn nun brüskant mit, daß in der Wirtschaft von Soudso ein verdächtiger Mann eingeleitet sei, und der Polizist eilte sofort zurück, um das Erforderliche in die Wege zu leiten. Auf die Frage, wo denn der Verdächtige sei, erwiderte der Wirt: „Dat sund Sei jo füllust.“

**Fünfzehn Personen verbrannt.** New York, 23. Dezember. Einem Telegramm aus Zacatecas (Mexiko) zufolge ist dort eine Markthalle niedergebrannt; fünfzehn Tote wurden aus den Trümmern hervorgezogen, man glaubt, daß sich noch mehr unter denselben befinden.

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 21. Dezember 1901.** Nieselnd trübe und neblig mit geringen Niederschlägen, schwachen südlichen Winden und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Heute sämtliche Theater geschlossen.**

**Schiller-Theater** (Wallner-Theater). Dienstag: Geschlossen.

**Die feindlichen Brüder.** Ein Trauerspiel mit Chören von Friedrich Schiller.

**Die schöne Melusine.** Freitagabend 8 Uhr: Hans Hucklebein.

**Das süsse Mädel.** Operette in 3 Akten von G. Reinhardt.

**Thalia-Theater.** Dresdenstr. 72/73. Heute: Geschlossen.

**Die Badepumpe.** Große Ausstattungsgeselle mit Gesang und Tanz in 3 Akten.

**Carl Weiss-Theater.** Große Frankfurterstr. 132. Heute: Geschlossen.

**Die Schlagentänzerin.** Pöste in 3 Akten von Antony Hope.

**Das Jungfernstift.** Operette in 4 Akten von Ernst Guimot.

**Trianon-Theater.** Georgenstr. (nahe Bahnhof Friedrichstrasse).

**Die Schlagentänzerin.** Pöste in 3 Akten von Antony Hope.

**Das Jungfernstift.** Operette in 4 Akten von Ernst Guimot.

**Trianon-Theater.** Georgenstr. (nahe Bahnhof Friedrichstrasse).

**W. Noacks Theater.** Baumstr. 14.

**Leiermann u. sein Pögekind.** Volks-Schauspiel in 3 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

**Der tolle Wenzel.** Pöste mit Gesang in 4 Akten von Hanns Schmidt.

**Urania.** Tauben-Strasse 48/49. Heute geschlossen.

**Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.**

**Passage-Panopticum.** Heute geöffnet.

**Neu! Der indische Neu! Doppelmensch!**

**Castans Panopticum.** Friedrich-Strasse 165. Grosse Weihnachts-Ausstellung.

**Wohlgemut.** Eine Reise ins Schlaraffenland.

**Belle-Alliance-Theater.** An allen 3 Feiertagen: Die Dame aus Trouville.

**E. von Wolzogen.** Buntes Theater (Vedderbrett) Köpnickstr. 68.

**Apollo-Theater.** Heute: Geschlossen.

**Ehrentag des Glücks.** Weihnachtsstück in 1 Akt von O. Th. Stein und Edmund Brauns.

**König Aqua.** sowie sämtliche engagierten Dezember-Specialitäten.

**Cirkus A. Schumann.** Heute Dienstag, den 24. Dezember: Keine Vorstellung.

**W. Noacks Theater.** Baumstr. 14.

**Leiermann u. sein Pögekind.** Volks-Schauspiel in 3 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

**Der tolle Wenzel.** Pöste mit Gesang in 4 Akten von Hanns Schmidt.

**W. Noacks Theater.** Baumstr. 14.

**Leiermann u. sein Pögekind.** Volks-Schauspiel in 3 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

**Der tolle Wenzel.** Pöste mit Gesang in 4 Akten von Hanns Schmidt.

**Schall und Rauch.** Unter den Linden 44. Heute: Geschlossen.

**Sanssouci.** Kottbuserstr. 4a. An allen drei Feiertagen: Norddeutsche Sängerkunst.

**Die Zillerthaler.** Neu! Die Volkstänzer.

**Metropol-Theater.** Heute wegen Vorbereitung: Geschlossen.

**Der Raub der Sabinerinnen.** Striese - Emil Thomas. Donnerstag, 26. Dezbr.:

**Reichshallen.** Stettiner Sängerkunst.

**Casino-Theater.** Voithingerstr. 37. An allen 3 Feiertagen: Das sensationelle Programm.

**Die richtige, wirkliche, grosse Weihnachts-Messe u. Ausstellung.** Luisenhof, Dresdenstr. 34/35.

**Reichshallen.** Stettiner Sängerkunst.

**Casino-Theater.** Voithingerstr. 37. An allen 3 Feiertagen: Das sensationelle Programm.

**Die richtige, wirkliche, grosse Weihnachts-Messe u. Ausstellung.** Luisenhof, Dresdenstr. 34/35.

**Reichshallen.** Stettiner Sängerkunst.

**Casino-Theater.** Voithingerstr. 37. An allen 3 Feiertagen: Das sensationelle Programm.

**Die richtige, wirkliche, grosse Weihnachts-Messe u. Ausstellung.** Luisenhof, Dresdenstr. 34/35.

**Reichshallen.** Stettiner Sängerkunst.

**Casino-Theater.** Voithingerstr. 37. An allen 3 Feiertagen: Das sensationelle Programm.

**Die richtige, wirkliche, grosse Weihnachts-Messe u. Ausstellung.** Luisenhof, Dresdenstr. 34/35.

**Reichshallen.** Stettiner Sängerkunst.

**Passage-Theater.** Morgen Weihnachts-Festprogramm.

**Michel Mayer.** Tausend Mark für denjenigen, der im stande ist, seine Hanteln etc. nachzuheben.

**Orpheus-Theater.** Friedrichstr. 236. Heute (Dienstag) keine Vorstellung.

**Deutsche Konzerthallen.** An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsalokal!

**Cirkus Busch.** Heute: Geschlossen.

**Palast-Theater.** (früher Fein-Palast) Burgstr. 22. Wiederöffnung.

**Patentanwalt Dammann.** Moritzplatz 57.

**Herren.** Anzüge, Paletots, elegante Ausfertigung.

**Palast-Theater.** (früher Fein-Palast) Burgstr. 22. Wiederöffnung.

**Patentanwalt Dammann.** Moritzplatz 57.

**Herren.** Anzüge, Paletots, elegante Ausfertigung.

**Palast-Theater.** (früher Fein-Palast) Burgstr. 22. Wiederöffnung.

**Patentanwalt Dammann.** Moritzplatz 57.

**Herren.** Anzüge, Paletots, elegante Ausfertigung.

**Palast-Theater.** (früher Fein-Palast) Burgstr. 22. Wiederöffnung.

**Patentanwalt Dammann.** Moritzplatz 57.

**Herren.** Anzüge, Paletots, elegante Ausfertigung.

**Palast-Theater.** (früher Fein-Palast) Burgstr. 22. Wiederöffnung.

**Todes-Anzeige.** Allen Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß mein lieber, guter Mann, der Maurer Hermann Rauch

**Reinhold Kloss.** Klossstr. 12b. Die Beerdigung findet am 25. Dezember, nachmittags 2 Uhr, vom Leichenhaus, Himmelsstraße, nach dem Razareth-Kirchhof statt.

**Rudolf Gentz.** Die Beerdigung findet am 25. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Friedens-Gemeinde (Nieder-Schönhausen) statt.

**6. Wahlkreis (Wedding u. Oranienburger Vorstadt).** Donnerstag, den 2. Weihnachtsfeier, im Eiskeller, Chausseestr. 88:

**Grosse Matinee.** Konzert, Gesang und Vorträge angeführt vom Gesangsverein Nordstadt und dem N. Blodischen Musik-Konservatorium.

**Central-Verband der Maurer** (Bezirk Norden). Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeier), nachmittags 5 Uhr, in Wernaus Festsälen (N. Zant), Schwedischstr. 232:

**Großer Familien-Abend mit Tanz** für die Verbandsmitglieder und deren Familien. Was freundlich einladen Die Obente.

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.** (Verwaltungsstelle Berlin). Donnerstag, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeier), nachm. 5 Uhr, in Rabes Festsälen, Kolbergerstr. 23:

**Central-Verband der Maurer** (Bezirk Norden). Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeier), nachmittags 5 Uhr, in Wernaus Festsälen (N. Zant), Schwedischstr. 232:

**Großer Familien-Abend mit Tanz** für die Verbandsmitglieder und deren Familien. Was freundlich einladen Die Obente.

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.** (Verwaltungsstelle Berlin). Donnerstag, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeier), nachm. 5 Uhr, in Rabes Festsälen, Kolbergerstr. 23:

**Central-Verband der Maurer** (Bezirk Norden). Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeier), nachmittags 5 Uhr, in Wernaus Festsälen (N. Zant), Schwedischstr. 232:

**Großer Familien-Abend mit Tanz** für die Verbandsmitglieder und deren Familien. Was freundlich einladen Die Obente.

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.** (Verwaltungsstelle Berlin). Donnerstag, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeier), nachm. 5 Uhr, in Rabes Festsälen, Kolbergerstr. 23:

**Central-Verband der Maurer** (Bezirk Norden). Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeier), nachmittags 5 Uhr, in Wernaus Festsälen (N. Zant), Schwedischstr. 232:

**Großer Familien-Abend mit Tanz** für die Verbandsmitglieder und deren Familien. Was freundlich einladen Die Obente.

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.** (Verwaltungsstelle Berlin). Donnerstag, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeier), nachm. 5 Uhr, in Rabes Festsälen, Kolbergerstr. 23:

**Central-Verband der Maurer** (Bezirk Norden). Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeier), nachmittags 5 Uhr, in Wernaus Festsälen (N. Zant), Schwedischstr. 232:

**Bekanntmachung der Orts-Krankenkasse für das Barbiergewerbe zu Berlin.**

**Reinhold Kloss.** Klossstr. 12b. Die Beerdigung findet am 25. Dezember, nachmittags 2 Uhr, vom Leichenhaus, Himmelsstraße, nach dem Razareth-Kirchhof statt.

**Rudolf Gentz.** Die Beerdigung findet am 25. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Friedens-Gemeinde (Nieder-Schönhausen) statt.

**6. Wahlkreis (Wedding u. Oranienburger Vorstadt).** Donnerstag, den 2. Weihnachtsfeier, im Eiskeller, Chausseestr. 88:

**Grosse Matinee.** Konzert, Gesang und Vorträge angeführt vom Gesangsverein Nordstadt und dem N. Blodischen Musik-Konservatorium.

**Central-Verband der Maurer** (Bezirk Norden). Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeier), nachmittags 5 Uhr, in Wernaus Festsälen (N. Zant), Schwedischstr. 232:

**Großer Familien-Abend mit Tanz** für die Verbandsmitglieder und deren Familien. Was freundlich einladen Die Obente.

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.** (Verwaltungsstelle Berlin). Donnerstag, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeier), nachm. 5 Uhr, in Rabes Festsälen, Kolbergerstr. 23:

**Central-Verband der Maurer** (Bezirk Norden). Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeier), nachmittags 5 Uhr, in Wernaus Festsälen (N. Zant), Schwedischstr. 232:

**Großer Familien-Abend mit Tanz** für die Verbandsmitglieder und deren Familien. Was freundlich einladen Die Obente.

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.** (Verwaltungsstelle Berlin). Donnerstag, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeier), nachm. 5 Uhr, in Rabes Festsälen, Kolbergerstr. 23:

**Central-Verband der Maurer** (Bezirk Norden). Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeier), nachmittags 5 Uhr, in Wernaus Festsälen (N. Zant), Schwedischstr. 232:

**Großer Familien-Abend mit Tanz** für die Verbandsmitglieder und deren Familien. Was freundlich einladen Die Obente.

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.** (Verwaltungsstelle Berlin). Donnerstag, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeier), nachm. 5 Uhr, in Rabes Festsälen, Kolbergerstr. 23:

**Central-Verband der Maurer** (Bezirk Norden). Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeier), nachmittags 5 Uhr, in Wernaus Festsälen (N. Zant), Schwedischstr. 232:

**Großer Familien-Abend mit Tanz** für die Verbandsmitglieder und deren Familien. Was freundlich einladen Die Obente.

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.** (Verwaltungsstelle Berlin). Donnerstag, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeier), nachm. 5 Uhr, in Rabes Festsälen, Kolbergerstr. 23:

**Central-Verband der Maurer** (Bezirk Norden). Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeier), nachmittags 5 Uhr, in Wernaus Festsälen (N. Zant), Schwedischstr. 232:







